

Die „Freiheit“ erscheint täglich morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus und durch die Post bezogen M. 12.—, im voraus zahlbar. Für Postbezug nehmen sämtliche Postanstalten Bestellungen entgegen. Unter Circulband bezogen für Deutschland, Oesterreich, das Saar- und Memelgebiet sowie die früheren deutschen Gebiete Polens und Luxemburg M. 23.—, für das übrige Ausland M. 30.—. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Weite Straße 80

Die neuangelegte Münzpreisliste über deren Raum kostet 6.— M., einschließlich Postenporto. Kleine Anzeigen: Das festgesetzte Wort 2.— M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Postenporto. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Angebote 2,75 M. netto pro Zeile. Stellen-Angebote in Wort-Anzeigen: das festgesetzte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1.— M. Fernsprecher: Zentrum 152 30—152 39

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Rücktritt des Kabinetts Wirth

Die Verschlechterung der Erfüllungsmöglichkeiten als Grund für die Demission Dr. Wirth mit der Weiterführung der Geschäfte beauftragt / Besprechungen mit den Führern der Koalitionsparteien

Der Regierungsturz

Die Deutschnationalen dürfen triumphieren. Herr Hergt hat recht behalten: das Kabinett Wirth ist erledigt.

Es sind die Demokraten, die den Deutschnationalen zu dem Triumph verhelfen. Ihnen brachen aus Angst vor der nationalen Erregung die Knie. Sie forderten den Rücktritt der Regierung und verhinderten den Reichstag, das entscheidende Wort zu sprechen. Sie liefen vor der Verantwortung davon, vergebens waren alle Bemühungen, sie zu halten.

Die Rechtssozialisten protestierten vergeblich gegen die Ausschaltung des Reichstags, gegen diese verfassungswidrige Klügelpolitik. Sie blieben allein; denn das Zentrum bereitzete der Flucht der Demokraten keine Schwierigkeiten.

Der Wahnsinn hat gesiegt. Denn es ist Wahnsinn, eine Regierung zu stürzen, weil sie nicht verhindert hat, was zu verhindern keine Regierung vermocht hätte. Es ist Wahnsinn, eine Regierung zu stürzen, ohne zu wissen, welche andere an ihre Stelle treten soll, eine Politik zu verurteilen, ohne zu ahnen, welche andere Politik getrieben werden soll. Es ist Wahnsinn, das Reich in eine unabsehbare politische Krise zu stürzen in dem Augenblick, in dem die wichtigsten, zukunftsentscheidenden Beschlüsse gefaßt werden müssen. Wahnsinn, ein Chaos herauszubeschwören, während im Osten sich Gewitterwolken zusammenballen und der Putz des Habsburgers mit gefährlichen Rückwirkungen die deutsche Republik bedroht.

Methode hat dieser Wahnsinn nur bei den Deutschnationalen gehabt und bei der verschwägerten Stimmepartei. Denen war die oberste Entscheidung gerade die willkommenste Gelegenheit, die verhasste Regierung zu stürzen. Die brauchen das Chaos, um die Republik zu kompromittieren, um die nationale Erregung zu schüren und die Verwirrung zu steigern. Aber daß die Demokraten ihnen dabei geholfen haben, das ist schon Wahnsinn ohne jede Methode.

Was soll nun werden?

Der Reichspräsident hat Herrn Wirth mit der Neubildung des Kabinetts betraut. Es heißt, er wolle es mit der breiten Koalition probieren. Wir hoffen, daß Wirth sich nicht allzulange mit dem Versuch quälen wird. Die Haltung der Deutschen Volkspartei in den letzten Tagen hat gezeigt, daß sie sowohl in der äußeren als der inneren Politik den Kurs gründlich ändern, ihn nach rechts drehen will. Herr Wirth gibt sich wohl keinen Täuschungen darüber hin, daß eine Regierung mit der Deutschen Volkspartei einen völligen Bruch mit allem bedeutet, was er bisher vertreten hat. Wozu also unnütz Zeit vertrödeln?

Es gibt nur eine konsequente Lösung: die bürgerlichen Parteien haben gegen die Sozialisten diese Krise herbeigeführt, ihnen ist die Lösung der Krisis zu überlassen. Es wird sich bald herausstellen, ob sie den Mut dazu finden. Sie sollen probieren, was sie können, und zeigen, was sie zu leisten vermögen. Sie sollen dem Ausland nach dem deutschnationalen Rezept die Faust zeigen. Sie sollen zu dem politischen Verlust Oberschlesiens auch noch den wirtschaftlichen hinzufügen. Sie sollen beweisen, daß es nur der Schwäche der Regierung Wirth geschuldet war, daß der Entente Zahlungen geleistet werden müssen. Sie sollen zeigen, daß die Industrie mehrere Goldmilliarden auf Kredit bekommen kann und daß das ausländische Kapital sich heilen wird, sie vorzutreten, wenn nur eine starke bürgerliche Regierung am Ruder ist. Sie sollen versuchen, die Steuerprobleme gegen den Willen der gesamten Arbeiterschaft zu lösen. Kurz, sie sollen endlich einmal die Politik machen, die sie verprochen und die das Kabinett Wirth nicht zu leisten vermochte.

Wir glauben freilich nicht, daß der Versuch ernsthaft unternommen werden wird. Wir meinen, daß dieselbe

Berlin, 22. Oktober.

Die Reichsregierung hat in ihrer heutigen Kabinetts-sitzung auf Antrag des Reichskanzlers Dr. Wirth beschlossen, dem Reichspräsidenten ihre Demission zu unterbreiten.

Berlin, 22. Oktober.

Der Reichskanzler hat dem Reichspräsidenten heute abend 7 Uhr die Demission des Kabinetts mit folgendem Schreiben überreicht:

Herr Reichspräsident!

In schwerer Stunde hatte sich das gegenwärtige Kabinett entschlossen, die Verantwortung für die Durchführung des Ultimatums zu übernehmen. Fünf Monate lang hat es eine Politik geführt, welche getragen war von dem Gedanken, die Stellung des Deutschen Reiches zu den Alliierten zu regeln und durch den ersten Willen der Erfüllung vertraglicher Verpflichtungen bis an die Grenze der Leistungsmöglichkeit zur Wiedererlangung Europas beizutragen. Es hat die dem deutschen Volke auferlegten, überaus schweren Leistungen erfüllt, insbesondere den ungeheuren Verbleib von 1 Milliarde Goldmark zum 1. August abgetragen. Die alliierten Staaten haben die Erfüllung der deutschen Verpflichtungen, vor allem die Durchführung der Entlassung, die unter großen Schwierigkeiten sich vollzog, anerkannt. So durfte erwartet werden, daß im Hinblick auf Deutschlands Anstrengungen und auf sein ernsthaftes Bestreben, den vertraglichen Verpflichtungen treu zu bleiben, die Befehle der Ruhrhöfen reiflos aufgehoben und hinsichtlich Oberschlesiens eine Lösung gefunden würde, welche dem Rechtsempfinden des deutschen Volkes und der Oberbefehlshaber sowie den künftigen friedlichen Beziehungen zwischen den europäischen Nationen entspräche.

Statt dessen ist ein Diktat erfolgt, durch welches nicht nur weite Flächen des ober-schlesischen Landes, sondern auch blühende deutsche Städte, der weitaus überwiegende Teil aller Bodenschätze, vier Fünftel der Verarbeitungskraften der deutschen Heimat entzogen werden sollen. Ein großer Teil der an Polen fallenden Bevölkerung ist deutschen Stammes und deutscher Sprache und soll, entgegen dem Selbstbestimmungsrecht der Völker und entgegen dem klaren Ergebnis der Abstimmung unter Fremdherrschaft fallen. Niemand wird das deutsche Volk diesen Verlust, den es wehrlos hinnehmen muß, verschmerzen.

Obwohl das Kabinett nach wie vor überzeugt ist, daß nur das aufrichtige Bestreben aller Teile, die vertraglichen Verpflichtungen zu erfüllen, die politische und wirtschaftliche Wiederherstellung Europas ermöglicht, ist es sich doch vollkommen klar darüber, daß die Grenzen der deutschen Leistungsfähigkeit und Erfüllungsmöglichkeit durch das schlesische Diktat sich erheblich verengt haben und daß somit für die Politik des Reiches eine neue Lage geschaffen ist. In Würdigung dieser Tatsachen hat das Kabinett beschlossen,

den Auftrag zur Führung der Regierungsgeschäfte in Ihre Hände, Herr Reichspräsident, zurückzugeben.

In Ausführung dieses Beschlusses habe ich die Ehre, Herr Reichspräsident, Ihnen die Demission des Kabinetts mitzuteilen.

gez. Der Reichskanzler
Dr. Wirth.

In die Ueberreichung der Demission schloß sich eine längere Aussprache über die politische Lage an, in deren Verlauf der Reichspräsident den Reichskanzler ersuchte, mit den übrigen Reichsministern die Geschäfte zunächst weiterzuführen. Damit erklärte sich der Reichskanzler einverstanden.

Der Reichspräsident wird morgen vormittag dem Präsidenten des Reichstages und die Vorsitzenden der Reichstagsfraktionen der bisherigen Koalitionsparteien zu Einzelbesprechungen empfangen.

Ein zweites Wiesbadener Abkommen

II. London, 22. Oktober.

Witterstimmen zufolge haben zwischen Rathenau und d'Abernon Verhandlungen stattgefunden, in denen die Frage besprochen wurde, zwischen Deutschland und England ein Abkommen ähnlich dem Wiesbadener zu treffen. Nach der „Daily Chronicle“ sollen von deutscher Seite Sachleistungen an Rußland gemacht werden, wofür Rußland an England Zahlungen zu leisten hätte.

Berringerung der Befahrungskosten

Paris, 22. Oktober.

Die finanzielle und militärische Sachverständigenkommission, die vom Obersten Rat beauftragt worden war, am 1. November endgültige Vorschläge zur Beschränkung und Verminderung der Kosten der militärischen Befahrung und der Ausgaben der Zivilkommission vorzulegen, hat ihre Sitzung bis nächsten Donnerstag vertagt, um einigen ihrer Mitglieder zu ermöglichen, an den Versammlungen der Kommission für die Einfuhrerlaubnis im Rheinland, die am Montag in Koblenz beginnen, teilzunehmen. In der Zwischenzeit wird ein Ausschuh von militärischen Sachverständigen besonders die Frage der von Deutschland direkt und sofort bezahlten Kosten prüfen. Es handelt sich um die Bereitstellung und Requisition von Wohnungen für Offiziere, Unteroffiziere und deren Familien, um Beleuchtung und Heizung, Post- und Telegraphenverbindungen usw. Die britischen und amerikanischen Delegierten werden sich nach Köln und Koblenz begeben, um die Frage an Ort und Stelle zu prüfen und den beiden Armeeführungen über die Bedürfnisse, die befriedigt werden müssen und über die Mißbräuche, zu denen die Requisitionen führen können, Bericht zu erstatten. Andererseits wird ein Ausschuh, bestehend aus den Generalen Golliger, Bemelmans und Tannery für die Sitzung am Donnerstag einen ersten Bericht vorbereiten über die Verminderung der militärischen Befahrungskosten, die von Deutschland mit absoluter Priorität zurückvergütet werden müssen.

Angst, die die bürgerlichen Parteien jetzt das Kabinett Wirth stürzen ließ, sie auch verhindern wird, die Regierung zu übernehmen, wenn die Arbeiterschaft sie ihnen allein überläßt. Aber die Probe auf das Exempel muß gemacht werden, und sie kann um so eher gemacht werden, als diese Regierung, wenn sie zustande käme, nur zwei Möglichkeiten hätte: entweder sie ist binnen acht Tagen am Ende ihres Latens, oder sie kopiert genau die Politik der Regierung Wirth und geht dann an dieser Nachahmung zugrunde.

Das Schlimmste, was geschehen könnte, wäre die Verhinderung dieser Klarstellung. Sie würde verhindert, wenn die Rechtssozialisten ihre Hand dazu böten, trotz alledem einen Pakt mit der Deutschen Volkspartei abzuschließen. Eine solche Regierung würde außenpolitisch auf das stärkste Mißtrauen stoßen und könnte nicht das geringste für Deutschland erreichen. Innenpolitisch bedeutete sie einen scharfen Kampf der Arbeiterparteien gegeneinander und würde doch in kurzer Zeit an unlöslichen Gegensätzen, der Steuerpolitik besonders, scheitern.

Die Rechtssozialisten stehen noch einmal vor der Entscheidung. Welchen sie fast, stellen sie Zentrum und Demokraten vor die Frage, ob sie eine Politik mit den Deutschnationalen, das heißt also, die Politik der Deutschnationalen treiben

wollen, dann wird sich sehr rasch die Unmöglichkeit einer solchen Politik ergeben. Zentrum und Demokraten hätten diese Krise nicht herbeizuführen gewagt, wenn sie nicht gehofft hätten, die Rechtssozialisten doch noch mit der Deutschen Volkspartei verkuppeln zu können. Wird diese Möglichkeit ausgeschaltet — und sie muß ausgeschaltet werden, wenn nicht der Arbeiterbewegung schwerster Schaden zugefügt werden soll —, dann wird sich sehr rasch ergeben, daß gegen die gesamte Arbeiterbewegung nicht regiert werden kann. Dann erst wird es möglich sein, zu einer Gesundung der politischen Verhältnisse in Deutschland zu kommen.

Der Sturz der Regierung Wirth ist auf alle Fälle in der gegenwärtigen Situation eine schwere Gefahr. Die Deutschnationalen triumphieren. Aber das deutsche Volk wird es teuer bezahlen, wenn dieser Triumph endgültig wäre. Er wird es nicht sein, wenn die deutsche Arbeiterklasse fest und geschlossen den bürgerlichen Parteien entgegentritt und der Politik, die sie treiben wollen, den schärfsten Widerstand ankündigt. Den Herren, die immer wieder erklären, daß ohne die Partei des Großkapitals das Regieren zu schwer ist, muß gezeigt werden, daß eine Regierung gegen die Arbeiter unmöglich ist.

Krisenmacher

Als die Fraktion der U. S. D. gestern vormittag den Reichstagspräsidenten ersuchte, noch auf heute eine Sitzung des Plenums anzuberaumen, hielt sie es für möglich, daß das Kabinett Wirth zu diesem Termin noch am Leben sein würde und mit einem bestimmten Programm vor das Parlament treten könnte. Freilich wurden schon lebhafteste Zweifel laut. Die starken Meinungsverschiedenheiten der Koalitionsparteien waren bekannt. Man wußte, daß die Demokraten zur Ablehnung der Entscheidung des Obersten Rates neigten und die Demission der Regierung herbeiführen wollten.

Die Zweifel haben sich als berechtigt erwiesen. Das Kabinett hat gestern abend seinen Abschied genommen. Auf Antrag des Reichstagspräsidenten, so heißt es. Über der Reichstagsfeier war es nicht, der diese Lösung gesucht und gemollt hat; er war durch die Haltung der bürgerlichen Fraktionen, auf die sich sein Kabinett stützte, in eine unentrinnbare Zwangslage verlegt. Nach allem Anschein sind die Dinge so verlaufen, daß die Demokraten, denen das Bündnis mit der Deutschen Volkspartei höher steht als die Demokratie und das Interesse des deutschen Volkes, nicht mehr mitmachen wollten, und daß daraufhin das Zentrum es ablehnte, mit den Rechtssozialisten allein die Verantwortung zu tragen. Die kleinste, zerfahrenste und grundloslose Gruppe der Koalition, jenes Häuflein Unglück, dessen oberstes Prinzip die Erhaltung seiner kümmerlichen Mandate ist, hat die Krise herbeigeführt, die Deutschland in eine Flut von Gefahren stürzt.

Zwingende außenpolitische Gründe, so erklärte die Fraktion gestern vormittag, machten die Demission des Kabinetts Wirth erforderlich, zumal das Kabinett nicht nur in der ganzen Art seiner Politik, sondern auch in offiziellen Mitteilungen an die Entente zum Ausdruck gebracht habe, daß es die Verantwortung nicht mehr tragen könne, falls ein wesentlicher Teil Oberschlesiens von Deutschland losgerissen würde. Wir haben in den letzten Tagen häufig genug die absolute Haltlosigkeit dieser Begründung dargelegt. Wir haben insbesondere hervorgehoben, daß Erklärungen, die das Ministerium Wirth oder einzelne seiner Mitglieder abgegeben haben mögen, die Ausschaltung des Reichstags nicht rechtfertigen. Nicht die Regierung, sondern die Volksvertretung hatte zu entscheiden, ob die bisherige Politik fehlerhaft gewesen sei und ob eine Kursänderung vorgenommen werden mußte.

In dem der Presse übermittelten Bericht über die gestrige Fraktionsführung der Demokraten heißt es, die Fragen, wer an die Stelle Wirths treten solle, oder ob mit einer Neubildung des Kabinetts durch Wirth gerechnet werden könne, seien offengeblieben. Sehr hübsch! Man stürzt eine Regierung, ohne sich darüber klar zu sein, wer an ihre Stelle treten soll. Man schafft ein Chaos und macht sich keine Gedanken über die Möglichkeiten, aus ihm wieder herauszukommen. Das nennen die Demokraten Verantwortlichkeitsgefühl! Aber zum Glück gibt es ja noch Leute, die bereit sind, der ewig schwankenden und zu keinem positiven Ergebnis kommenden Fraktion den rechten Weg zu zeigen. Herr Theodor Wolff schlägt im „Berliner Tageblatt“ den Ton an, an dem sich das demokratische Orchester, das über mehr Stimmen als Mitglieder verfügt, orientieren soll. Er weiß, was zu geschehen hat. Das deutsch-polnische Wirtschaftsregime für Oberschlesien muß abgelehnt werden, und darüber hinaus muß sich die deutsche Politik auf die Verwirklichung Polens konzentrieren. Das ist das Programm dieses Journalisten, dessen Geistesblitze nur seinen vollständigen Mangel an politischer Einsicht beleuchten.

Frankreich, so sagt Herr Wolff, habe dem lebenden Leichnam des polnischen Staates neues Blut einflößen wollen und hoffe, ihn durch die ober-schlesische Industrie wieder auf die Beine zu bringen. Deutschland müsse dafür sorgen, daß diese Kur mißlingt, und daß sich der polnische Bemessungsprozess so schnell wie irgendmöglich vollziehe. Wir wären bereit gewesen, den polnischen Staat lebensfähig zu machen, ihm durch wirtschaftliche Vereinbarungen Luft zu verschaffen, ihm zu geben, was sein französischer Beschützer ihm nicht geben kann. Jetzt ist es, wie hier schon gesagt wurde, eine gebieterische Notwendigkeit geworden, ihn einzuschneiden und abzuschneiden und die wirtschaftliche Krankheit zu steigern, die seinen Körper unterwühlt.

Der Gipfel der Tollheit ist erreicht. Statt auf der Basis des ober-schlesischen Abkommens wirtschaftliche Beziehungen anzubahnen, die beiden Ländern zum Vorteil gereichen könnten, soll alles zertrümmert werden. Derselbe Theodor Wolff, der noch vor kurzem darüber schalt, daß das Auswärtige Amt die Anknüpfung wirtschaftlicher Beziehungen zwischen Polen und Deutschland vernachlässigt habe, fordert jetzt dazu auf, den Verweigerungsprozess des polnischen Körpers zu beschleunigen. Ein so geistreicher Mann braucht natürlich keine tiefgehenden Kenntnisse von ökonomischen Dingen und insbesondere von der internationalen Verknüpfung des Wirtschaftslebens zu haben. Aber soviel hätte er sich doch vielleicht sagen können, daß der Versuch, den polnischen Nachbarstaat einzuschneiden und abzuschneiden, nicht nur für Oberschlesien, sondern für das gesamte Deutschland die unheilvollsten Folgen nach sich ziehen muß. In einem Wirtschaftskrieg gibt es in der Regel nicht Sieger auf der einen und Besiegte auf der anderen Seite, sondern der Angreifer leidet meist ebenso wie der Angegriffene. Und in diesem Falle kommt hinzu, daß Polen nicht allein stehen würde. Für die Schäden, die wir diesem Lande eventuell zufügen könnten, würden wir an anderer Stelle geschädigt werden.

Theodor Wolff verzweifelt sich dagegen, daß seine Vorschläge als nationalitätlich aufgefaßt werden. Aber er möge uns doch beraten, inwiefern sich seine Politik noch von der der Deutschnationalen unterscheidet. Höchstens doch durch die größere Dummheit der Ausführung. Im Prinzip werden die Helfer und Genossen mit ihm einig sein, und daher würden wir es nicht verstehen, wenn das „Berliner Tageblatt“ und die Demokraten, deren Meinung es vertritt, sich in den nächsten Tagen etwa gegen eine Regierungskoalition sträuben würden, der auch die äußerste Rechte angehört.

Den Deutschnationalen ist die Bahn geebnet und es wäre infolgequent, sie jetzt fernhalten zu wollen. Nimmt man sie aber wirklich nicht in das Kabinett auf, so kann eine Politik, wie sie durch die jetzige Krise eingeleitet wurde, ihrer wohlwollenden Unterstützung sicher sein. Sie ist sogar auf sie angewiesen, wenn die Rechtssozialisten sich entschließen sollten, ihre Beteiligung an der Koalition der Mitte, an die wohl in erster Linie gedacht wird, zu verjagen.

Auf jeden Fall sind Reaktion und Nationalismus heute Trumpf. Was das innerpolitisch bedeutet, braucht kaum noch einmal gesagt zu werden. Und außenpolitisch erinnern wir nur daran, daß sich in den nächsten Tagen auch das Schicksal des Kabinetts Briand entscheiden soll. Briand, der sich bemühte, wider der Stachel des nationalen Blochs

zu lösen, hatte gute Aussichten, seiner Gegner, die ihn in diesen Tagen mit Interpellationen wegen seiner zu großen Weisheit gegen Deutschland überschütteten, Herr zu werden. Sein junger Trumpf war der Hinweis darauf, daß das Kabinett Wirth das Ultimatum bisher erfüllt habe. Der Sturz der Regierung und die Aussicht auf Männer der starken Hand gibt den französischen Chauvinisten eine starke Waffe in die Hand. Sie werden in der Deputiertenkammer ein Echo finden, wenn sie versichern, daß Briands Verhelfen auf einem Irrtum über die Geistesverfassung des deutschen Volkes beruht habe, und daß eine nationalitätliche Regierung in Frankreich die Antwort auf die neue Wendung zum Nationalismus in Deutschland sein müsse.

Die Haltung der Volkspartei

Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei erklärt, daß sie die Entsendung eines Regierungskommissars zwecks Verhandlungen über wirtschaftliche Vereinbarungen abgelehnt habe. Sie sehe es nicht an dem Standpunkt, das ober-schlesische Diktat in keiner Form anzuerkennen.

Die deutsch-polnischen Beziehungen

III. London, 22. Oktober.

Die Agentur Reuter meldet, daß ihr sehr beruhigende Nachrichten über die Lage in Polen zugegangen sind. Die Führer der politischen Parteien in Polen begaben sich auf das Ministerium des Äußeren, um mitzuteilen, daß sie grundsätzlich der Empfehlung des Völkerbundesrates mit Bezug auf Oberschlesien zustimmen. Die polnische Regierung versichert, daß sie alles tun werde, was in ihrer Macht stehe, um die Ausführung des Entschlossenen des Völkerbundes sicherzustellen. Sie verließ der Hoffnung Ausdruck, daß die Empfehlung von gutem Einfluß auf die deutsch-polnischen Beziehungen sein werde. Eine klare Zustimmung dieser Art seitens Deutschlands wurde bisher nicht gegeben. Man glaubt aber in wohlunterrichteten britischen Kreisen, daß die Zustimmung Polens in Deutschland beruhigend wirken wird. Man weiß, daß Deutschland mit Polen bezüglich einer Regelung in Unterhandlungen stand. Man gab zu verstehen, daß, wenn eine der beiden Parteien sich weigern sollte, die Entscheidung des Völkerbundes anzunehmen, diese Weigerung wohl den Obersten Rat beeinflussen könnte.

Der Krakauer „Gaz“ bespricht den bekannten Kampfsattel Theodor Wolffs im „Berliner Tageblatt“ gegen Polen. Der „Gaz“ hebt hervor, daß Polen infolge der Entscheidung der Mächte nicht alle seine Wünsche restlos erfüllt sah, sich aber jetzt ebenso wie Deutschland den gegebenen Verhältnissen anzupassen habe. „Gaz“ geht besonders auf die neue gemischte wirtschaftliche Kommission für Oberschlesien ein und ist der Ansicht, daß unbedingt eine Verständigung zwischen Polen und Deutschland eintreten müßte, da beide Kontrahenten an der Aufrechterhaltung und Entwicklung der ober-schlesischen Industrie gleichmäßig interessiert wären. Anstatt nun Demonstrationen zu organisieren, die nur Wasser auf die Mühle der Nationalisten wäre, sollte Deutschland lieber trachten, an den Verhandlungstisch mit Polen zu kommen.

Aber Abmachungen, sagt „Gaz“ in einem weiteren Artikel, sollen auf Gegenseitigkeit beruhen. Nicht nur die industriellen Fragen, sondern auch die Verpflegungsfrage ist nur durch gegenseitige Abmachungen zu lösen. Polen müsse Ruhe und kaltes Blut bewahren, um in allen diesen Angelegenheiten zum Einverständnis mit Deutschland zu gelangen.

Graf Draschma legt nieder

Oppeln, 22. Oktober.

Die „Oppelner Zeitung“ meldet: Wie wir erfahren, hat der deutsche Bevollmächtigte des Abstammungsbezirks Oberschlesien, Graf Draschma, unmittelbar nach der Veröffentlichung der Entscheidung des Völkerbundesrates sein Amt niedergelegt.

Die I.A.R. verbietet den Staatsbeamten das Verlassen des Dienstes

III. Rattowig, 22. Oktober.

Die Interalliierte Kommission erließ heute an alle Staatsbeamten eine Verordnung, in der ihnen ausgegeben wird, ihren Dienst unter keinen Umständen zu verlassen. Sollte das dennoch geschehen, so werde ihre Eigentümern beschlagnahmt und die Beamten verhaftet werden. Diese Verordnung bezieht sich namentlich auf die Polizeibeamten.

Die polnischen Mitglieder der Kommission

III. Warschau, 22. Oktober.

Gestern fand auf Veranlassung des Außenministers Stimmunt eine Sitzung der polnischen Mitglieder für die gemischte deutsch-polnische Kommission statt, die zur Beratung der Geneser Entscheidung demnächst in Oppeln zusammentreten wird. Jedes Mitglied der polnischen Vertretung vertritt einen Zweig des Staatswesens, nämlich: Justizverwaltung der Wjowogwode Jurawski, Finanzen Abgeordneter Diamand, Justiz Abgeordneter Senda, Handel und Industrie Ingenieur Niedron, Rohstoffangelegenheiten Krasnodemski, Post und Telegraph Komalki, Eisenbahnen Wjeminister Eberhardt, und als technischer Berater Oberleutnant Kuzbaj, militärische Angelegenheiten Oberleutnant Kuzbaj, Grenzangelegenheiten Grenzkommissar Graf Stembel aus Polen. Als Vorsitzender der polnischen Delegation wird als Generalkommissar der Republik in Danzig, Wjeminister von Wjucinski, nach Oberschlesien begeben und zu diesem Zweck sein Amt in Danzig auf die Dauer von zwei Monaten verlassen. Die polnische Delegation reiste nach Oppeln ab.

Geschichte einer Abdankungsurkunde

August Merges unter Anklage

Im Januar d. J. kam aus Braunschweig die merkwürdige Kunde, dem dortigen Staatsministerium sei bekanntgeworden, daß die Abdankungsurkunde des Herzogs Ernst August von Braunschweig dem herzoglichen Hause in Gmunden zum Kauf angeboten worden sei, und zwar sei dieses Angebot von dem früheren Präsidenten des Freistaates Braunschweig, dem Kommunisten August Merges, der die Urkunde in seinem Besitz gehabt hatte, ausgegangen. Die weiteren Ermittlungen führten zu einer Anklage gegen Merges wegen Unterschlagung. Die Hauptverhandlung ist nunmehr auf den 28. d. M. vor der I. Strafkammer des Landgerichts Braunschweig angehängt worden.

Die Anklage behauptet, daß Merges die Abdankungsurkunde des Herzogs, die der braunschweigische Staat als sein Eigentum in Anspruch nimmt und im Landesarchiv aufbewahren will, sich rechtswidrig angeeignet habe. Merges soll dann durch Vermittlung eines Arbeiters Sigmund an den Geheimrat Knoke von der Hofhaltung des Herzogs in Gmunden herangebracht sein, um die Urkunde dem herzoglichen Hause zum Verkauf anzubieten. Bei einer späteren Besprechung mit einem Abgesandten des Herzogs Ernst August Merges allerdings wieder erklärt haben, daß er die Abdankungsurkunde nicht den Welfen überlassen, sondern sie verkaufen oder in ausländischer Zeitungen veröffentlichen werde.

Merges, der bei der kommenden Verhandlung von Justizrat Frankl-Berlin und Rechtsanwalt Hegewisch-Celle verteidigt wird, bestritt die Unterschlagung und behauptet, daß der braunschweigische Staat keine Berechtigung habe, die Herausgabe der Urkunde zu verlangen. Allerdings soll Merges gewisse Briefe an einen Mittelsmann des Herzogs geschrieben haben, in denen er ausdrücklich die Urkunde zum Kauf anbot, und zwar zu einem Preise, der ihn für die Zukunft finanziell sichergestellt hätte. Das betreffende Schriftstück schloß mit den Worten: „Ew. Hoheit ganz ergebenster A. Merges.“ — Merges ist Mitglied der A. U. D.

Leuerung und Beamtenchaft

Uns wird geschrieben: Das ungeheuerliche Sinken der Mark auf dem Geldmarkt in den letzten Tagen hat eine ebenso große Beanspruchung der Kaufkraft zur Folge. Die Preise für Nahrungsmittel und Bedarfsgegenstände, soweit sie überhaupt am Markt sind, haben eine schwindelhafte Höhe erreicht, ohne daß ein Ende dieser bedrohlichen wirtschaftlichen Entwicklung abzusehen wäre. Diese Tatsachen wirken ganz besonders verheerend auf den Haushalt des Beamten und nötigen daher die Gesamtorgane der deutschen Beamtenchaft, den Deutschen Beamtenbund, unverzüglich neue Verhandlungen über die zu ergreifenden Gegenmaßnahmen mit den verantwortlichen Stellen einzuleiten, nachdem die Beamtenchaft selbst sich über die unumgänglich notwendigen Forderungen, über die wir berichtet haben, schlüssig geworden ist.

In welcher Richtung sich die neuen Vorschläge bewegen werden, läßt sich noch nicht mit Sicherheit erkennen, doch besteht in Regierungskreisen anscheinend Neigung, die Besoldungsordnung in dem Sinne zu ändern, daß die Besoldungsgruppen vermindert werden. Bei Wegfall einer oder mehrerer der untersten Besoldungsgruppen würden die Beamten der übrigen Gruppen um ebenso viele Gruppen aufsteigen. Andernfalls dürfte eine Erhöhung des Grundgehalts nicht länger zu umgehen sein, da bei fortgesetzter Steigerung der Leuerungszulagen für die pensionierten Beamten ein Zustand eintritt, der diesen jede Daseinsmöglichkeit unterbindet. Das Verhältnis zwischen dem unbeweglichen Teil des Einkommens, dem Grundgehalt, und dem nichtpensionierten Leuerungszuschlag ist schon von jeher ungesund gewesen, nach den letzten prozentualen Steigerungen des Leuerungszuschlags aber entschieden nicht mehr zu rechtfertigen; eine weitere Verschlechterung verträgt es auf keinen Fall.

Die dauernden Verhandlungen des Deutschen Beamtenbundes mit dem 23. Ausschuss des Reichstags und dem 12. Ausschuss des Preussischen Landtags dürften an den nächsten Tagen zu einem Ergebnis führen, dem auch die Regierung sich voraussichtlich anschließen wird.

„Ausverkauf“ am Rhein

Die Wirkung des Marksturzes

Köln, 22. Oktober.

Der hiesige Oberbürgermeister hat sich auf Grund von Verhandlungen mit dem Regierungspräsidenten und der Preisprüfungsstelle der Stadt Köln, die den Ausverkauf deutscher Waren infolge des Marksturzes zum Gegenstand hatten, in folgendem Telegramm an den Reichswirtschaftsminister gewandt, um auch von den Reichsbehörden sofortige Unterstützung in seinen Bestrebungen zu erhalten:

„Der Marksturz hat in Köln unhaltbare Zustände geschaffen. Der Ausverkauf deutscher Waren ist katastrophal für die deutschen Verbraucher, Scharen von Ausländern kaufen die Waren völlig leer. Die Bevölkerung ist höchst beunruhigt, infolge Kartoffelmangels herrscht ohnehin höchst gereizte Stimmung. Sofortige Gegenmaßnahmen sind erforderlich; in Frage kämen Ausfuerverbote und Vorkauf an der Grenze. Eventuell Bitte, sofort einen Kommissar hierherzuschicken.“

Kleine Nachrichten

Deutsch-englische Finanzverhandlungen. In London befindet sich zurzeit der Präsident der Reichsbank, Dr. Havenstein, mit einem Mitglied der Direktion, um mit der Bank von England über verschiedene Fragen finanzieller Art zu verhandeln. Hieran sollen mit anderen maßgebenden Persönlichkeiten der englischen Finanzen ebenfalls Verhandlungen finanzieller und wirtschaftlicher Art gepflogen werden.

Wucherisches Hinausreißen der Getreidepreise. Die süddeutsche Mühlenvereinigung beschloß, mit Rücksicht auf die zur Zeit herrschende wilde Preissteigerung den Einkauf von Getreide bis auf weiteres einzustellen. An der Münchner Produktendörse sind die Preise für Brotgetreide teilweise über 600 Mark für 100 Altkorn hinausgegangen. Sie haben somit seit vier Wochen eine Steigerung um mehr als 200 Mark erfahren.

Einschärfung des Seeverkehrs nach Ostpreußen. Infolge der Verbesserungen im Eisenbahnverkehr zwischen Ostpreußen und dem übrigen Deutschland ist die Inanspruchnahme des Seeverkehrs zwischen Pillau und Swinemünde und umgekehrt in der letzten Zeit erheblich zurückgegangen. Es haben eingehende Verhandlungen stattgefunden, in deren Bereich damit zu rechnen ist, daß die Schiffsverbindung vom 1. November ab, auf eine wöchentlich zweimalige Fahrt eingeschränkt werden wird.

Ein Außerposten für Dr. David. Wie die „N. N.“ hören, ist Dr. David, der frühere sozialdemokratische Reichsinnenminister, zum Vertreter des Reiches in Darmstadt ernannt worden. Er übernimmt damit den Gesandtenposten, den bis vor kurzem der jetzige hiesige Ministerpräsident Graf von Helldorf innegehabt hat.

Die Hausung der bei den Kommunisten. Die Hausung in der Zentrale der A. U. D. soll, wie jetzt gemeldet wird, auf Anordnung von zwei Untersuchungsrichtern vorgenommen worden sein. Zunächst lag in Beschluß eines Berliner Amtsgerichts zur Durchsuchung der Räume der „Roten Hilfe“ in der Kolonnenstraße vor, weil das betreffende Gericht annahm, daß in einem Betrugsvorfahren, das gegen die A. U. D. schwebt, Beweismaterial zuwege gefördert wurde. Ferner lag ein Erlaß aus Stuttgart vor, weil die Annahme begründet erschien, daß in einem Verfahren wegen Veruntreuung gegen den kommunistischen Redakteur Häring Zeitungsmaterial nach Berlin gebracht worden sei.

Der Parteitag der Deutschen Volkspartei, der wegen der innerpolitischen Lage aufgeschoben worden war, wurde auf den 1. und 2. Dezember nach Stuttgart einberufen.

Zwanzig Mark Gold gleich 600 Mark Papier. Der Ankauf von Gold für das Reich durch die Reichsbank und Post erfolgt in der Woche vom 24. bis 30. d. Mts. zum Preise von 600 Mark für ein Zwanzigmarkstück, 300 Mark für ein Zehnmarsstück. Für die ausländischen Goldmünzen werden entsprechende Preise gezahlt. — Wohl dem, der das hat!

Rücktritt des Leiters der sächsischen Landespolizei. Das Entlassungsgesuch des Generals Melchardt, des bisherigen Chefs der sächsischen Landespolizei, ist genehmigt worden. Vom Ministerium des Innern ist Ministerialrat Dr. jur. Paul Adolph an die Spitze der Landespolizei berufen worden.

Ein Sozialdemokrat als Bürgermeister von Dresden. In der letzten Sitzung der Stadtverordneten in Dresden wurde der Stadtverordnetenvorsteher Richter, der der Fraktion der Rechtssozialisten angehört, an Stelle des kürzlich verstorbenen Bürgermeisters Dr. Max gewählt. Nur die Deutschnationalen stimmten unter Hervorhebung der bekannnten Argumente über die Notwendigkeit juristischer Vorbildung gegen Richter.

Der europäische Brandherd

Vor einem Ultimatum an Ungarn

Drahtmeldung unseres Korrespondenten.

Prag, 22. Oktober.

Der karlistische Umsturz in Ungarn hat die kleine Entente zu energischen Vorkellungen in Budapest veranlaßt. Auch Italien hat sich dieser gemeinsamen Demarche angeschlossen. Da die Antwort der ungarischen Regierung ungenügend ist, sind die Mächte der kleinen Entente zu energischem Vorgehen entschlossen. Die tschechoslowakische Regierung hat die sofortige Mobilisierung zweier Jahrgänge verfügt, die an die Grenze geschickt werden. Südslawien wird ähnliche Maßnahmen ergreifen, Rumänien wahrscheinlich auch. Die Mächte der kleinen Entente sind entschlossen, nicht nur die Beseitigung Karls durchzusetzen, sondern auch die Entwaffnung und Demokratisierung Ungarns zu dringen. Es ist zu erwarten, daß wahrscheinlich schon morgen von der kleinen Entente ein Ultimatum an Ungarn gerichtet wird.

Horthy gestürzt

Drahtmeldung unseres Korrespondenten
Wien, 22. Oktober.

Aus Budapest wird gemeldet, daß der Reichsverweser Horthy gestürzt ist und daß ein Direktorium von sechs Personen die Regierung übernommen hat. Horthy befindet sich auf der Flucht, er kam jedoch nur bis Raab, wo die Schienen ausgegraben sind. Die große und die kleine Entente haben energische Schritte in Budapest unternommen. Ueber die Vorgänge in Ungarn laufen die widersprechendsten Gerüchte um. Es ist vorläufig noch schwer, beglaubigte Nachrichten zu erhalten.

Was wir vor genau zwei Wochen vorausgesagt, ist Wirklichkeit geworden: der westungarische Konflikt hat zu einem neuen Versuch der gewaltsamen Wiederaufrichtung der Habsburger Herrschaft geführt. Erzherzog Karl ist mittels Flugzeugs in Dedenburg gelandet und hat sich an die Spitze der Landesknechtsbände gestellt, die in einer Stärke von mehr als 40 000 Mann in Westungarn versammelt sind. Gleichzeitig ist die Regierung Bethlen in Budapest gestürzt und eine karlistische Regierung mit Radosky und Julius Andrássy an der Spitze an ihre Stelle gesetzt worden. Der Reichsverweser Horthy scheint bereits jeden Widerstand gegen Karl aufgegeben zu haben. Auch bei den Truppen scheint das karlistische Abenteuer Anklang zu finden, es ist also keineswegs ausgeschlossen, daß der Versuch Karls, der schon einmal im März dieses Jahres einen monarchistischen Putsch versuchte, diesmal Erfolg hat und daß die Habsburger Monarchie, gestützt auf die westungarische Keimzelle, in Ungarn aufgerichtet wird.

Daß es so weit kommen konnte, ist vor allen Dingen der konfuse Politik der Entente in den Donauländern zuzuschreiben. Entgegen den klaren Bestimmungen des Friedensvertrages wurde in Ungarn eine nach Hunderttausenden zählende Armee unter dem Kommando monarchistischer Offiziere erhalten; entgegen den von demokratischen Grundgesetzen trübenden Reden der Ententestaatsmänner wurde das bluttriefende antidemokratische Regime Horthys geduldet und gefördert; entgegen den Bestimmungen der Friedensverträge ist dieses Horthy-Ungarn bei der Durchführung der ihm auferlegten Verpflichtung zur Räumung rein deutscher Gebiete offensichtlich begünstigt und dadurch ermutigt worden, sich frech über alle internationalen Verpflichtungen hinwegzusetzen und die allmächtige Entente vor vollendete Tatsachen zu stellen.

Wir waren während der letzten Wochen Zeugen, wie diese offensichtlich Brüstung der Entente, die sich die Weigerung Ungarns, das Burgenland zu räumen, gefallen lassen mußte, durch das diplomatische Kesselspiel in Venedig maskiert wurde, wo der italienische Außenminister Della Torretta den freundlichen Vermittler zwischen den gewalttätigen Ungarn und dem verzweifelten Oesterreich zu spielen suchte. Dieses Kesselspiel sollte nicht nur die Verlegenheiten der hochweisen Herren in London, Paris und Rom verbergen, es diente gleichzeitig auch dem diplomatischen Intrigenspiel der italienischen Regierung, die aus Rivalität gegen Jugoslawien Ungarn unterstützt und eifersüchtig darüber wacht, daß nicht etwa Oesterreich erstarbt und als Bindeglied zwischen der Tschechoslowakei und Jugoslawien dient.

In dieses Intrigenspiel ist nun das neue monarchistische Abenteuer des Erzherzogs Karl hineingeplatzt. Unterstützt von einigen politischen Gruppen in den Ententeländern, die den Anschluß Oesterreichs an Deutschland durch die Wiedereinführung der Habsburger verhindern wollen, hat Karl sich nun an die Spitze der ungarischen Konterrevolution gestellt. Doch sein Unternehmen zielt nicht allein auf die Wiedereinführung der Monarchie in Ungarn hin, auch Oesterreich ist unmittelbar bedroht. In Tirol harren die kappitischen Umstürzer nur des Signals zum Aufstand, um den Boden für die Wiederaufrichtung der Wittelsbacher Dynastie vorzubereiten. Auch in Bayern waren zahlreiche putschistische Elemente nur auf den Augenblick, um mit ihren Freunden in Tirol und Westungarn gemeinsame Sache zu machen und der verhassten deutschen Republik den Todesstoß zu versetzen.

Zunächst die die Gefahr, die Oesterreich droht, am größten. Schon seit Wochen haben die österreichischen Monarchisten eine lebhaftige Tätigkeit entfaltet. Sie nutzen die durch die Geldentwertung und die zunehmende Teuerung um sich greifende Gärung der Massen aus, um gegen die Republik zu hetzen und den ungarischen und reichsdeutschen Monarchisten Helfersdienste zu leisten. Militärisch ist die Lage Oesterreichs außerordentlich gefährdet, da es mit seinen schwachen Kräften den weit überlegenen ungarischen Banden keinen entsprechenden Widerstand entgegenzusetzen kann.

Unter diesen Umständen verwandelt sich der Kampf um die Erhaltung der österreichischen Republik in eine Hauptfrage der europäischen Politik. Greift der monarchistische Aufstand auch auf österreichischen Boden über, fällt Wien dem Ansturm der ungarischen Banden zum Opfer, so dehnt sich der Kriegsbrand auch auf die angrenzenden Staaten aus und entfesselt politische Katastrophen sowohl in den Nachbargstaaten wie in Deutschland.

Es ist nicht anzunehmen, daß die Regierungen in der Tschechoslowakei und Jugoslawien ruhig mit ansehen werden, wie durch die Wiederherstellung der Habsburger Monarchie in Ungarn wiederum die alte Zwangsburg hergestellt wird, in der die Völker Oesterreichs so lange geschnitten haben. Wie gemeldet wird, sind zwischen Prag, Belgrad und Bukarest Besprechungen im Gange, um nötigen-

falls auch durch eine militärische Intervention in Ungarn den gefährlichen Zustand wiederherzustellen. Es wäre zu wünschen, daß diese Besprechungen sich schleunigst zu entscheidenden Taten verdichten, denn jeder verlorene Tag bedeutet unter den obwaltenden Verhältnissen einen ungeheuren Nachtgewinn für die monarchistische Gegenrevolution.

Es wäre indes verfehlt, den Schutz Oesterreichs und den Kampf gegen das neue monarchistische Abenteuer lediglich den Regierungen der kleinen Entente zuzuwenden. Jetzt muß auch das internationale Proletariat seine Stimme erheben, um die drohende konterrevolutionäre Gefahr abzuwehren. Wie im Jahre 1848 der Kampf um Wien die Parole der gesamten revolutionären Demokratie Westeuropas wurde, so muß heute der Kampf um die Erhaltung der deutschösterreichischen Republik zur Parole der internationalen Arbeiterbewegung werden. Auf hart bedrängtem, umstrittenem Posten stehen heute die Arbeiter Wiens und ganz Oesterreichs da zum Schutz der Republik. Sie kämpfen nicht nur für die Errungenschaften ihrer Revolution, sie verteidigen auch die angrenzenden Staaten vor der heranmarschierenden monarchistischen Gegenrevolution.

Die Arbeiter der ganzen Welt müssen deshalb aktiv in den Gang Ereignisse eingreifen und ihre Solidarität mit dem heldenhaften österreichischen Proletariat durch entsprechende Handlungen zum Ausdruck bringen. Die Arbeiter Englands, Frankreichs, Italiens müssen ihre Regierungen, die den Putsch des Habsburgers ebenso gefördert haben wie bisher das Blutregiment Horthys, zur Verantwortung ziehen und die sofortige Liquidation des karlistischen Abenteurers ebenso wie die Aufrichtung der demokratischen Republik in Ungarn fordern. Die Arbeiter Deutschlands, der Tschechoslowakei und Jugoslawiens müssen auf dem Posten sein, um das Uebergreifen des entsefelten Brandes auf ihre Länder zu verhindern und ihren Klassengenossen in Oesterreich, die auch für ihre Sache kämpfen, zu Hilfe zu eilen.

Die Abwehraktion im Gange

Zu dem neuen Putsch des Erzherzogs Karl berichtet die „Wiener Arbeiterzeitung“, daß Karl an der Spitze der Bronas und Ostener Truppen nach Budapest marschieren will. Eine andere Meldung besagt, daß die Ostener Truppen bereits auf dem Marsch nach Budapest begriffen seien. Ferner schreibt das Blatt, daß die Parteivertretung und die Obmänner der Arbeiterwehren zu einer permanenten Sitzung zusammengetreten sind, um alle Maßregeln zu treffen, die die Verteidigung der österreichischen Republik gegen die ungarische Gefahr bezwecken sollen. Die Entente habe in Budapest Bewachung eingesetzt und die ungarische Regierung aufgefordert, alle Maßnahmen zu treffen, um die schnellste Abreise des Erzherzogs Karl aus Ungarn zu bewerkstelligen.

In Prag ist die Nachricht von dem Putsch des Erzherzogs Karl zu einem Zeitpunkt eingetroffen, da der Außenminister Benesch und der Ministerpräsident nicht in Prag anwesend waren. Beide sind sofort nach Prag zurückgekehrt und es ist ein dringlicher Ministerrat einberufen worden. In maßgebenden Prager und Böhmer Kreisen ist man der Ansicht, daß ein weiteres Verbleiben des Erzherzogs Karl in Ungarn für die kleine Entente den Kriegsfall bedeuten würde.

Die Tiroler Landesregierung ist zu einer außerordentlichen Sitzung zusammengetreten. Der Führer der Tiroler Heimwehren, Dr. Steidle, erklärt einen Aufruf an die Tiroler Heimwehren, sich bereitzuhalten. An die Arbeiterwehren Tirols erklärt die sozialdemokratische Parteileitung in Wien einen Aufruf zur strengsten Bereitschaft. Die Mitglieder der Tiroler Landesregierung erklären, daß für den Fall, daß in Wien ein karlistischer Putsch geplant sei, in Tirol der Abfall von Wien vollzogen würde.

Die großdeutsche Partei plant eine große Kundgebung für die Republik. Wie der Wiener „Abend“ mitteilt, ist die großdeutsche Parteileitung an die sozialdemokratische Parteileitung mit der Aufforderung herantreten, in die Regierung einzutreten, um, ohne Rücksicht auf den Parteistandpunkt, die Republik zu schützen.

Weiter meldet der Wiener „Abend“, daß der gesamte Bahnverkehr nach Ungarn auf Weisung des Grenzschutzes ruht.

Die „Neue freie Presse“ erzählt, daß Erzherzog Karl von Zita begleitet wurde, die mit ihm in Dedenburg gelandet sei. Alle Vorbereitungen zu seinem Empfang waren bereits getroffen, woraus hervorgeht, daß der Putsch von langer Hand vorbereitet war. Die Truppen des Ostener Detachements wurden durch den Grafen Szegedits vereidigt.

Der Staatsstreich Karls

Wien, 22. Oktober.

Erzherzog Karl von Habsburg ist Freitag um 1/2 Uhr, von einem Piloten geführt, im Flugzeug in Dedenburg eingetroffen. Er soll heute mittag an der Spitze der Armee Stefan Friedrichs nach Budapest gehen, wo ein legitimistisches Kabinett mit Radosky, Apponyi und Graf gebildet ist. In Wien wird die Lage als sehr ernst angesehen. Man nimmt an, daß der Erzherzog, um alle Parteien in Ungarn zu gewinnen, sich zunächst auf den Standpunkt des nationalen Königtums stellen wird. Trotzdem hat die österreichische Regierung, wie sie offiziell bekanntgibt, umfassende Maßregeln getroffen, um ein Uebergreifen der monarchistischen Bewegung auf Oesterreich zu verhindern. Das Kabinett ist in der Nacht zu einer Sitzung zusammengetreten und hat bis 1/2 Uhr getagt. Der telephonische, telegraphische und Eisenbahnverkehr mit Westungarn ist eingestellt.

Wie Karl entflo

Bern, 22. Oktober.

Ueber den Wegflug eines Flugzeuges aus Döbendorf erzählt die Schweizer Depeschagentur folgende Einzelheiten: Bei der Ad Astra-Gesellschaft wurden am Mittwoch vier Billets für einen Flug nach Gené und zurück bestellt. Die Billets wurden bezahlt und für den Flug der Jungferapparat S. H. 59 bestimmt. Am Donnerstag, kurz nach 12 Uhr mittags, erfolgte die Abfahrt. Das Flugzeug wurde aber nicht nur von vier, sondern von fünf Personen bestiegen, die in zwei Automobilen angefahren waren. Die Gestalt der Passagiere waren nicht zu erkennen, da sie stark eingehüllt waren. Der Pilot ist ein Ausländer namens Zimmermann, der von einer deutschen Fluggesellschaft den Auftrag erhalten hatte, in Döbendorf solange zu verbleiben, bis die Ad Astra-Gesellschaft den Apparat übernommen habe. Seit der Abfahrt aus Döbendorf bis heute mittag fehlt der Ad Astra-Gesellschaft jede Nachricht über den Verbleib ihres Flugzeuges. Sie meldete daher diese Angelegenheit jetzt dem Eidgenössischen Flugzeugamt.

Der Prinz mit der großen Lippe. Wie das Breslauer Volkspolizistum mitteilt, ist die „Schlesische Tagespost“ auf zwei Tage verboten worden, wegen eines Artikels über Oberösterreich von Friedrich Wilhelm Prinz zur Lippe.

Der Zeitungskampf beendet

Durch die überraschende einmütige Entscheidung der Belegschaft der Firma Mosse hat der Kampf im Zeitungsgewerbe gestern mittag sein Ende erreicht. Ein Teil der bürgerlichen Zeitungen, die sich mit der Firma Mosse solidarisch erklärt und deshalb die Belegschaften ihrer Betriebe ausgeperrt hatten, ist bereits gestern abend wieder erschienen. Für die Verleger war das Nichterscheinen der Zeitungen eine schwere geschäftliche Schädigung, für die bürgerlichen Parteien eine politische. Der Verlag Mosse hat in Anbetracht dieser Situation den Vertretern der Mosse-Arbeiterschaft Versprechungen abgegeben, deren Erfüllung bedeutet, daß die Firma Mosse allein an der Herausbeschwörung des Konfliktes die Schuld trägt.

Das Unternehmertum stand schon getrübt, um dem Wirtschaftsleben, dessen ruhiger Fortgang ihm angeblich heftigstes Gebot ist, einen schweren Schlag zu versetzen. Durch die Einflucht der Arbeiterschaft ist ein folgenreicheres Ringen verhütet worden. Sie hat einem neuen Vermittlungsversuch in letzter, entscheidender Stunde Rechnung getragen und sich bereit erklärt, auf Grund der Versprechungen, die der Mosse-Verlag abgegeben hat, die Arbeit wieder aufzunehmen. Damit hat der Kampf im Zeitungsgewerbe sein Ende erreicht. Es ist zu erwarten, daß die Unternehmer die gemachten Versprechungen einlösen, denn sie wissen sehr wohl, daß die wohlorganisierte und disziplinierte Arbeiterschaft des Buchdruckgewerbes nicht mit sich spielen läßt.

Berichtigung. Der „Film-Kurier“ teilt uns mit, daß der Betrieb der Firma Seydel u. Co. nicht ruht und der „Film-Kurier“ weiter erscheint.

Unsere Mitteilung, daß die Herstellung des „Film-Kuriers“ eingestellt wurde, weil dieser politische Nachrichten brachte, was das Personal als eine Durchbrechung der bisherigen Gewohnheit zugunsten der nichterscheinenden bürgerlichen Blätter ansah, gründete sich auf diese tatsächlichen Verhältnisse. Durch Verhandlungen und Beschränkung des politischen Teiles auf Nachrichtenübermittlung wurde der Konflikt beigelegt.

Bevölkerungspolitische Ausschuss

In zwei Sitzungen hat sich der Bevölkerungspolitische Ausschuss des Preussischen Landtages mit dem ihm vom Plenum überwiesenen Antrag unserer Genossin Kunert beschäftigt, wonach die Beaufsichtigung der sogenannten Anmischerneien und ähnlicher Lokale nicht mehr von der Polizei allein, sondern von weiblichen Gewerbeaufsichtsbeamten unter Mitwirkung der Organisationen der Gastwirtsgehilfen und Gehilfinnen erfolgen solle. Von dem Regierungsvertreter sowohl wie von einzelnen bürgerlichen Mitgliedern des Ausschusses wurden in der ausgedehnten Debatte Bedenken dagegen erhoben, daß eine gezielte Anordnung nach kurzer Wirksamkeit wieder geändert werden solle, doch bestand man zu, daß die von uns beantragte Mitwirkung ein großer Fortschritt sei. Bei der Abstimmung wurde unser Vorschlag als Antrag mit 12 gegen 9 Stimmen abgelehnt, dagegen in der Form einer der Regierung zu überweisenden Resolution einstimmig angenommen, nachdem der Regierungsvertreter die bindende Erklärung abgegeben hatte, daß sie berücksichtigt werden solle. Die Resolution hat folgenden Wortlaut:

„Die Aufsicht über die Gast- und Schankwirtschaften mit weiblicher Bedienung soll von weiblichen Gewerbeaufsichtsbeamten im Benehmen mit der Organisation der Gastwirtsgehilfen und Gehilfinnen ausgeübt werden.“

Aufgabe der Organisationen aller Richtungen wird es sein, die Bestimmungen mit dem richtigen Geist zu erfüllen. Es handelt sich darum, solche Elemente unter den Angeestellten zu erkennen, die das Ansehen des Berufs dadurch schädigen, indem sie sich im Interesse des Alkoholkapitals prostituieren. Alle Wirtschaftsinhaber sind zur Anleihe zu bringen, welche den in §§ 2 und 6 der Anordnung vom 10. August 1920 getroffenen Vorschriften über den genügenden Schutz der sittlichen und gesundheitlichen Interessen der weiblichen Angestellten“ nicht nachkommen und durch die Art der Beschäftigung, z. B. durch Beteiligung am Umsatz oder Gewinn, zum Anmieren anreizen. Natürlich wird die Zahl der Gewerbeaufsichtsbeamtinnen erheblich vermehrt werden müssen, damit sie ihrer neuen Aufgabe gerecht werden können. Gleichzeit wird sie ihnen durch die Organisationen, deren Mitwirkung in jedem Falle eine sehr glückliche Lösung der schwierigen Frage ist, wie die Interessen der einzelnen Angestellten gegen politische Mißgriffe und Chikanen einerseits und andererseits das öffentliche Interesse an der Eindämmung der von den Anmieren ausgehenden Verletzung mit Geschlechtskrankheiten gewahrt werden können.

Die Opfer der Schlagweitzereplosion. Von den bei der Schlagweitzereplosion auf der Zeche „Victoria Matthias“ schwerverletzten Personen sind inzwischen im Krankenhaus Essen weitere drei verstorben, so daß sich die Zahl der bei dem Unfall zu Tode gekommenen Bergleute auf neun erhöht hat. Fünf befinden sich noch im Krankenhaus.

Zähne 4 u. 7 Mk. mit Friedenskauschuk
5 Jahre schriftliche Garantie. Zahnziehen mit Beidübung bei Bestellung von Gebissen gratis. Kronen v. 30 Mk. an.
Spez.: Zähne ohne Gaumen. Keine Luxuspreise.
10% Protaufschlag.

Zahn-Praxis Hatvani, Danziger Straße 1.

Ausgeschnitten!

Druckfache
Sinn die
Saupterpedition der „Freiheit“

Berlin G 2
Brette Straße 8-9



Seiden-Palette schmal gestr. Mtr. 27⁵⁰
Gestr. Kunstseide 58^M
für Blusen, 25 cm breit Meter
Satin-Grenadine 140^M
einfarbig, 100 cm breit Meter

Schottische Stoffe 31^M
hübsch. Farbstellungen, doppeltbreit, Meter
Noppenstoffe für Röcke 56^M
und Kleider, ca 100 cm breit Meter
Kostümstoffe in mittel- 78⁵⁰
farbigen Melangen, 130 cm Meter

Damen-Mäntel hellmode Flansch Reglan-Aermel m. u. ohne Gürtel zu tragen 325^M engl. Ge-schnack Reglan-Aermel inLoden stoff m. dickem Futter 495^M
Herr.-Winterjoppe 230^M gut. Qua-lität mit warmem Futter 370^M
Herren-Beinkleider l. versch-Streifen-mustern 98^M haltbarer Stoff, hell u. dunkel gestreift 135^M

Hemdbluse aus gut. gestreif. Flanell, langge-schnitten, offen und geschlossen zu tragen 49⁵⁰
Kimono-bluse reine Wolle dunkelblau mit farbig. Wollbindung schön garniert 85^M
Jumper aus Kunstseidenrikot, stolze Form, lebh. Farb. 239^M

Hemdentuch gute Qualität 16^M
Hemdenflanell Baumwolle, gestreift Meter 14⁵⁰ 18⁵⁰
Buntes Bettzeug kariert Meter 19⁵⁰

Mädchen-Jumper aus wollenem Trikotstoff, mit bunter Wollhäkelerei, 60 cm lang jede weitere 10 cm 5,- M mehr 55^M
Wäschestickerei gute Ausführung Meter 175 225
Scheuertücher haltbare Sorten 145 190



Mädchenkleid aus wollenem Trikot-stoff, reich garniert m. buntem Wollhaak 50 cm lang Jed.Woll.5cm 6M mehr 85^M
Backfischkleid a. woll. Trikotst, fesche Form, mod. Schärpe m. hübschgekn. Fresse 100 cm j. woll. 5 cm 10 M mehr 205^M

A. Wertheim

Leipziger Straße (Versand-Abteilung) Königstr. Rosenthaler Str. Moritzplatz

Damen-Mäntel
aus gutem Flanschstoff, hell- und dunkelfarbig. Untertrag. kl. Damen-größen 365^M
aus gutem Flanschstoff, hell- und dunkelfarbig. Untertrag. kl. Damen-größen 415^M

PELZWAREN
auf Teilzahlung
 Pelzwarenfabrik Kallis
 Tile-Wardenberg-Straße 11
 am Bahnhof Tiergarten

Möbel
 kaufen Sie nirgends so
 billig und gut
 wie bei
Neugebauer
 Charlottenburg, Wilmersdorfer
 Str. 125 I, E. Schillerstr. Kein Laden

Auf Teilzahlung
Anzüge
 Cutaways, Uister, Schüpfier, Reglans, Moharbit, mod. Sechra. Deen. diskrete Kostengest.
Gebr. Gottlieb
 Nollendorferstr. 22 a
 II. Etage (N. Wilmersdorferstr.)
 Sonntags 9-1

Landdecken 40, 50, 60, 70, 80, 90, 100, 110, 120, 130, 140, 150, 160, 170, 180, 190, 200, 210, 220, 230, 240, 250, 260, 270, 280, 290, 300, 310, 320, 330, 340, 350, 360, 370, 380, 390, 400, 410, 420, 430, 440, 450, 460, 470, 480, 490, 500, 510, 520, 530, 540, 550, 560, 570, 580, 590, 600, 610, 620, 630, 640, 650, 660, 670, 680, 690, 700, 710, 720, 730, 740, 750, 760, 770, 780, 790, 800, 810, 820, 830, 840, 850, 860, 870, 880, 890, 900, 910, 920, 930, 940, 950, 960, 970, 980, 990, 1000

Möbel-Fabrik Rob. Seelisch
 Berlin O 112, Rigaer Str. 71-73 a, 5 Min. v. Bf. Frankfurter Allee

empfehle zu bekannt billigen Preisen bei solider Ausführung

Komplette
Schlafzimmer
Speisezimmer
Herrenzimmer
 einfachen und besseren Genres
Küchen farbig und natur-lasiert in allen Preisstufen

Gekaufte Möbel können beliebige Zeit kostenlos lagern.

Z DISCRETE ZAHLUNGSWEISE
Sie finden in nahezu 4 Geschäften
 Brunnenstraße 1 | Frankfurt, Allee 380
 Kolth. Damm 108 | Charlitz, Scharrenstr. 5
 eine Massen-Anzahlung
modern. Herbst-Bekleidung
Anzüge • Paletots • Schüpfier
Kostüme • Kleider • Mäntel
 Morgenröcke • Matinées
 Pelz-Kragen und -Mützen
 Pelz-Mäntel und -Jacken
 Wäsche • Fertige Botten
 Teppiche • Gardinen • Stores
 Kleiner Anzahlung
 Kleiner Anzahlung

Gegründet 1894.
Damen sparen Geld!
 Nach
 beendeter Engros-Saison
Einzel-Verkauf!
 Flansch-Mäntel 250, 150, 75
 Schüpfier 400, 375, 450
 Paletots 475, 375, 450, 250
 Kostüme 575, 450, 250
 Woll-Strickjacken 275, 145
 Kindermäntel 150, 100, 50
M. Woszytz, Landsberger Str. 59, 1 Tr., Berlin O
 Montag, Dienstag u. Sonnabend geschlossen.

25 Mk.
 wöchentliche
Teilzahlung
Herren-Anzüge
 und Uister
 in nur gering. Woch-
 zahlungen u. Stoffen,
 solange Vorrat reicht,
 zu billigen Preisen.
Gebr. Kassner
 Bülowstraße 6
 am Halleschen Platz.

Flaschen
 Cognak 1.20, Sekt 0.70
 Wotm. 1.00, Weißw. 1.00
Altpapier aller Art
 sowie **Metalle** kauft
 bei freier Abholung
R. Quade Nachf.
 Schmidtstr. 36
 Telephon Moritzpl. 167 32
Leichtbenzin 725
 kauft auch kleinere Mengen
 Karohl, Lichtenberg 532

Platin
 Gold- und Silber-Druck
Gebisse
 kauft höchstzähne
 Blechdr. 40
 Gebr. II 2

Anzüge, Schüpfier
 in feinsten Verarbeitung aus prima Stoffen
 Mk. 350.- bis 750.-
 Große Auswahl in feinsten Maßstoffen
 Eigenes Atelier Solides Preise
 Imex G. m. b. H. Schloßplatz 18 II

Metalle
 Kupfer, Rotguld, Zink,
 Messing, Zinn, Eisen und
 Vagernmetall, Queck-
 Silber Tagespreise
Zuckermann,
 Eisafer Str. 9, vorn II Tr.
 Norden 4661.

Seitenhändler und Wiederverkäufer!
 empfehle mein reich sortiertes Lager in
la Kernseifen, Toiletenseifen
 Seife, Terpentin, Seifenpulver
 mit und ohne Seifenschnitzel um.
la Leinöl-Schmierseife!
 Seifenlager
Emerich & Saigo
 Rathenower Straße 38

Wintermäntel
 für Damen, Herren und Kinder, in den Preis-
 lagen 150.-, 175.- und 200.- Mark. Einzel-
 wechsell wertmäßig von 8-4 Uhr. Händler und
 Besucher anscheinender Märkte haben Vorrat!
Lolat G. m. b. H., Bin. Friedenau
 Katerstraße 84/86, 8119. 2. Stk. / Tel. Röhlgau 1138
 Straßenbahn: P, L, O, W, H, 66, 69.
 Ringbahn: Wilmersdorf-Friedenau.

Sandporzellen
 in Jerten, dicht am See,
 10 Min. u. Bf. O. N.
 s. 25 Mk. an, bei kleinerer
 Anzahlung verkauft 20.
 Reichardt, Berlin O. 54,
 Hofschuler Straße 20,
 Nord. 1002. 2-4. Sonntags
 jebzeit im Hofschuler
 von 10 Uhr, direkt am
 Bf. Röhlgau-Friedenau.

HILANDSHEIM

3 billige Röcke

98: 145: 98:

Turmstr. 30^a & Wilhelmshavener Str.

Aus schneiden!

Der Unterzeichnete bestellt hiermit vom
 1 Exemplar der zweimal täglich erscheinenden Zeitung
 "Freiheit"
 Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands
 mit der regelmäßig einmal erscheinenden
 illustrierten Unterhaltungsbeilage "Freie Welt"
 zum Preise von Mk. 12.- monatlich, Mk. 6.- halbmonatlich,
 bei freier Zustellung ins Haus

Name: _____
 Str. _____
 Plattenbeil. (ausgeben, Abgabe genau annehmen: vom, bei, etc., durchgeh.)

Dieses Bestellschein bitten wir in einer unserer Expeditionen abzugeben
 oder an die Hauptexpedition, Berlin O 2, Breite Str. 8-9, einzuliefern.

Zur Schulfrage

Der Elternbeirat
 Richtlinien für seine Tätigkeit
 Von Dr. Kurt Kerlów-Löwenstein Preis 2.25 Mark

Sozialistische Schul- und Erziehungsfragen
 Von Dr. Kurt Kerlów-Löwenstein
 Vergriffen. Erscheint demnächst in neuer Auflage

Schulprogramm
 Ein Entwurf der vom Zentralkomitee der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei eingesetzten Kommission für das Erziehungs- und Bildungswesen. Mit einem Vorwort von Georg Ledebour Preis 1.50 Mark

Schulkaserne oder Gemeinschaftsschule
 Von Adolf Jensen und Wilhelm Lamszus
 Broschiert 10.- Mark Gebunden 15.- Mark

Richtlinien für ein Gemeindeprogramm
 Im Auftrage der Parteileitung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei entworfen von Emanuel Wurm Preis 60 Pf.

Verlagsgenossenschaft „FREIHEIT“
 Berlin O 2, Abt. Buchhandlung Breite Str. 8-9

Aus der Werkstatt des schönen Scheines

Ein Blick hinter die Kulissen der großen Theater

H.E.K. Die Leiter der „Freiheit“ sind gewohnt, bei dem Worte „hinter den Kulissen“ an politische oder wirtschaftliche Zusammenhänge der Eingeweihten zu denken, und vielen wird die eigentliche Bedeutung des Wortes gar nicht mehr recht klar. Aber es positioniert sich wirklich auch hinter den Kulissen, die aus Papp und Leinwand sind, interessante Dinge, und von ihnen will ich einiges mitteilen.

Während die Zuschauer genannten Blickes dem Spiel auf der Bühne folgen, während sie ganz hingeeben an die Erscheinung einer poetischen Welt, mit den dargestellten Menschen leben, haben nicht nur die Schauspieler zu tun. Eine ganze Schar von Arbeitern und Angestellten ist beschäftigt, um die Voraussetzungen zu schaffen, unter denen die Künstler auftreten können. Während wir grübelnd das Verfliegen eines Geistes beobachten, mit Schauer das Grollen des Donners und das Jucken der Blitze vernehmen oder einen farbenprächtigen Sonnenaufgang bestaunen, sind gespannte Hirne und geschäftige Hände dabei, uns alles dieses zugänglich zu machen.

Der Aufbau eines Theaterstückes erfordert wochenlange Vorbereitungen. Jeder Gegenstand muß bereitgehalten werden, damit alles rechtzeitig zur Stelle ist. Die verschiedenen Theater besitzen Requisitehäuser, in denen die zu jedem Stück gehörige Einrichtung genau geordnet an bestimmten Plätze liegt, um zu jeder Stunde herangezogen werden zu können. Von dort werden sie am Vormittag ins Theater gebracht. Die Prospekte und Kulissen werden bereitgestellt die Requisite griffbereit hingelegt, und die Verwandlungen am Abend können dann mit aller Geschwindigkeit erfolgen.

Der erste Umbau im „fliegenden Holländer“, der zur Zeit in der Staatsoper aufgeführt wird, muß beispielsweise in zwei Minuten und 21 Sekunden beendet sein, da solange die Zwischenmusik dauert, an die sich das zweite Bild sofort anschließt. Um das zu ermöglichen, muß natürlich alles bis ins kleinste parat sein. Die Prospekte (Hintergründe), hängen fertig auf dem Schnürboden und mit wenigen Griffen können sie heruntergezogen werden. Der Schnürboden befindet sich in dem erhöhten Teil des Bühnenhauses, der bei allen Theaterbauten auffällt und meistens den architektonischen Eindruck nicht sehr günstig beeinflusst. Eine verwindende Anzahl von Winden, Rügen und Schrauben befindet sich dort, die mit Handjungen bedient werden. Jede Bewegung wird nur durch Hinunterziehen ausgeführt und die Gewichte, die damit bedient werden, tragen diese Feinheit.

Eine Etage tiefer, ungefähr in der Höhe des zweiten Ranges, wird diese ganze Maschinerie in Betrieb gesetzt und hier sind auch die Geräuschmaschinen untergebracht, mit denen gedonnert, geblüht, Wind gemacht wird usw.

Der ganze Bühnenapparat untersteht dem Bühnenmeister und seinen Gehilfen, zu denen Tischler, Schlosser, Maler und Elektriker gehören. Sein Reich erstreckt sich auch noch auf den Teil unter der Bühne, wo die sogenannte Bersenzung liegt. Auch hier ist ein verwirrendes Durcheinander von Maschinen, mit denen ganze Teile der Bühne gelenkt werden können.

Im Großen Schauspielhaus, wo alles ins Riesenhafte vergößert ist, ist die Verrentung besonders vielseitig angelegt. Die Bühne kann hier in sechs verschiedenen Teilen bis zu sechs Metern gehoben oder hinabgelassen werden, und man bekommt einen Begriff davon, was das bedeutet, wenn man erfährt, daß allein die Hinterbühne 15 000 Zentner wiegt.

Die modernen Bühnen haben besondere Vorrichtungen, um die Verwandlungen zu erleichtern und zu beschleunigen, von denen die wichtigste die Drehbühne ist. Mit wenigen Griffen kann sie motorisch bewegt werden. Die vorher fertiggebauten Bühnenbilder werden auf diese Weise nach einander vor das Auge des Zuschauers gedreht.

Von ganz besonderer Wichtigkeit ist die Beleuchtung. Im Großen Schauspielhaus hat sie eine halbe Million Kerzenstärke, womit eine kleinere Stadt wahrscheinlich ganz anständig erhellt werden könnte. Die dazu gehörigen Apparate sind in einem besonderen Raum untergebracht, von dem aus die Bühne zu übersehen ist. Es gibt Einstellungen für rotes, grünes, blaues und weißes Licht, und aus ihrer Kombination läßt sich eine mannigfaltige Farbenpracht zwischen die Kulissen zaubern. Man unterscheidet Kampenlicht und Oberlicht, je nach der Lage der Beleuchtungskörper. Dazu kommen noch tragbare Scheinwerfer, die beliebig aufgestellt werden.

Aber damit ist der Beleuchtungsapparat noch nicht erschöpft. Mit besonderen Effektapparaten werden Wolken und Fackelzüge, Morgenröte und Mondschein auf den Hintergrund projiziert, ungefähr wie mit einer Laterna magica. Schließlich gibt es noch die Sterno, die mit kleinen Lampen durch Löcher im Prospekt erhellt werden, sowie die Kontakte für Tischlampen und Kronleuchter.

Der bedeutende Mann, der dafür zu sorgen hat, daß alles im richtigen Augenblick da ist, ist der Inspektor. Er hat seinen Platz unmittelbar neben der Bühne, wo er an der Hand eines Textbuches Wort für Wort verfolgt und über jede Störung schimpft. Neben sich hat er eine Reihe von Klingeln und Lichtzeichen, mit denen er seine Nachbarn übermitteln, und den Darstellern ihren Auftritt anzeigt. In der Oper wird ein wesentlicher Teil dieser Tätigkeit durch den Kapellmeister ausgeübt, der an seinem Pult die notwendigen Signalarrichtungen hat.

Die Reihe der technischen Arbeiten ist mit dieser Aufzählung noch lange nicht erschöpft, da ist noch der Souffleur, der meistens eine Dame ist, mit seinem unentbehrlichen Kläster. Da ist der Vorhangzieher, der um Gottes Willen zur Zeit kommen muß; da sind alle die Bühnenarbeiter, die Lohengrin mit seinem Schwanz über die Bühne ziehen, mit langen Tüchern das Meer wogen und die Wellen in der Luft schweben lassen. Erst das Ineinandergreifen dieser vielen Menschen und Räder ergibt den Zusammenhang von Schein und Täuschung, der auf uns so viel stärker wirkt als die graue Wirklichkeit.

Die Kartoffelausfuhr

Wir haben bereits richtiggestellt, daß Genosse Herz in der Stadtverordnetenversammlung nicht von einer Ausfuhr von Kartoffeln von 200 000 Tonnen, sondern nur von 200 000 Zentnern gesprochen hat. Zu diesem Bericht geht uns noch eine Richtigstellung des Reichs Ernährungsministers Hermes zu, die wir trotzdem der Lokalität halber wiedergeben. Sie lautet:

„Die in der Morgenzeitung vom 21. Oktober enthaltene, von dem Abgeordneten Dr. Herz wiedergegebene Neuherung, der Minister Dr. Hermes hat trotz der Not für 200 000 Tonnen Kartoffeln Ausfuhrerlaubnis nach dem Ausland erteilt, ist unrichtig.“

Zur Vinderung der Not in Deutschland, Tirol und Bessarabien ist lediglich die Ausfuhrerlaubnis in Höhe von 8000 Tonnen Speisepotatoes erteilt worden. Diese Menge bleibt in Anbetracht der Schwierigkeiten, die die Kartoffelversorgung in diesem Jahre in Deutschland hervorruft, erheblich hinter den Mengen zurück, die bisher in jedem Herbst zur Vinderung der Not in Deutschland zur Ausfuhr freigegeben worden sind. Weiter müssen auf Grund der Bestimmungen des Vertrages von Versailles in diesem Herbst an Frankreich 2700 und an Belgien 2500 Tonnen Saatkartoffeln geliefert werden. Seitens dieser Länder wurden in Anbetracht der dortigen schlechten Ernte ursprünglich erheblich größere Lieferungen verlangt. In langwierigen Verhandlungen ist es gelungen, diese Forderungen auf die eben genannte Menge zu beschränken.“

Die von unserem Redner behaupteten Tatsachen sind danach an sich richtig. Sie beruhen auch, wie in der Stadtverordnetenversammlung mitgeteilt wurde, auf Angaben, die von einer Stelle, die dem Ernährungsministerium sehr nahe steht, dem Reichswirtschaftsrat gemacht worden sind. Wir nehmen jedoch gerne davon Kenntnis, daß es sich hierbei um eine Ausfuhrerlaubnis handelt, die zum Teil erzwungen, zum Teil aus sozialen Erwägungen notwendig ist.

Deutschnationale Heuchelei

Sie können so — sie können anders

Bei der Debatte über den Kartoffelmacher in der letzten Stadtverordnetenversammlung trat das volkschändliche, eigennütziges Verhalten der Deutschnationalen besonders trüb in Erscheinung. Einen Antrag unserer Fraktion, Frachtermäßigung für die durch die Gemeinden zu beschaffenden Kartoffeln nachzusuchen, bekämpften sie, dagegen verlangten sie eine besondere Liebesgabe für die Kararier dadurch, daß sie eine Frachtermäßigung für alle Kartoffeltransporte beantragten. Für die im Stückgutverkehr beförderten Kartoffeln ist sie mit Rücksicht darauf, daß es sich dabei um Eigenversorger handelt, bereits gewährt worden.

Der Redner der Deutschnationalen, Kaufhold, bekämpfte auch die Beschaffung von Kartoffeln durch die Gemeinde. In der Schlussabstimmung stimmten dann die Deutschnationalen nicht nur gegen den Antrag unserer Fraktion, sondern lehnten auch ihren eigenen Antrag ab, weil sie eine Versorgung der

Bevölkerung mit billigen Kartoffeln gar nicht wollen. Ihr heuchlerisches Treiben kam auch noch dadurch zum Ausdruck, daß am nächsten Tage ein Vertreter der Deutschnationalen in der Sitzung der Ernährungsdeputation im Gegenzug zu den Ausführungen seines Parteifreundes Kaufhold in der Stadtverordnetenversammlung der Gemeinde dringend empfahl, größere Kartoffelporträte zu beschaffen. Diese widersprüchliche Haltung entspringt der Absicht, eine Kartoffelversorgung der unbedürftigen Bevölkerung zu mäßigen Preisen auf jeden Fall zu hinterziehen.

Ein „Erfolg“ der freien Zuckerbewirtschaftung

Im Laufe der letzten Wochen sind für freien Zucker im Kleinhandel peradequater Zuckerpreise gefordert worden. Es wurden verlangt 8 M., 8 M. und 7 M. für 1 Pfund. Ein derartiges unläuterer Gebaren der Kleinhandelswirtschaft bedeutet eine Schädigung schwerster Art für unser Wirtschafts- und Volksleben. Zur Zucker neuer Ernte unterliegt nicht mehr der Zwanngewirtschaftung. Die Lieferung erfolgt aber erst ab 20. Oktober. Rationierter Zucker zum Preise von 4 M. für 1 Pfund, der am 8. Oktober vom Magistrat noch einmal aufgerufen wurde, konnte, weil die Konsumgenossenschaft genau die gezielten Bestimmungen beachtet hat, in den vorgezeichneten Mengen an unsere Mitglieder verteilt werden.

Nicht so aber die Kleinhandelswirtschaft. Diese vermisst ihre Kundenschaft wegen des rationierten und viel billigeren Zuckers nach den 100 Verkaufsstellen der Konsumgenossenschaft. Hoffentlich erkennen diese noch nicht in der Konsumgenossenschaft organisierten Konsumenten den wahren Wert und die Leistungsfähigkeit unseres Unternehmens.

Die Verteilung der Bezirksverordneten-Sitze

Nach der jetzt vorliegenden amtlichen Auszählung der Wahl am 14. Oktober entfallen in den Bezirken 1—6 auf die einzelnen Parteien folgende Bezirksverordneten-Mandate:

- Mitte: D.D.P. 4, D.N.D.P. 10, D.S. 0, D.F.P. 7, K.P.D. 3, S.P.D. 0, U.S.P.D. 8, W.P. 2, 3, 2.
- Zierrgarten: D.D.P. 5, D.N.D.P. 11, D.S. 0, D.F.P. 8, K.P.D. 3, S.P.D. 7, U.S.P.D. 7, W.P. 2, 3, 2.
- Wedding: D.D.P. 2, D.N.D.P. 6, D.S. 0, D.F.P. 3, K.P.D. 7, S.P.D. 9, U.S.P.D. 15, W.P. 2, 3, 1.
- Preussauer Tor: D.D.P. 3, D.N.D.P. 8, D.S. 0, D.F.P. 5, K.P.D. 11, U.S.P.D. 10, W.P. 2, 3, 1.
- Friedrichshain: D.D.P. 2, D.N.D.P. 7, D.S. 0, D.F.P. 4, K.P.D. 6, S.P.D. 10, U.S.P.D. 12, W.P. 2, 3, 2.
- Halleisches Tor: D.D.P. 3, D.N.D.P. 9, D.S. 0, D.F.P. 6, K.P.D. 4, S.P.D. 11, U.S.P.D. 8, W.P. 2, 3, 2.

Im Zeichen des Hundes

Die Ausstellungshalle am Kaiserdamen in Charlottenburg ist auf den Hund gekommen. Sichtlich, wo eben noch die Automobilindustrie eine schimmernde Heerschau der feinsten Modelle abgehalten hat, knurrt, bellt und miault es aus zahllosen Käfigen und Zwingern. Hund-Ausstellung.

Ein flüchtiger Rundgang erlief langwierige Studien der Zoologie. Es sind zu sehen: englische Bulldoggen, französische Bulldoggen und Zwergbulldoggen, Pinscher, Schnauzer und Zwergpinscher, deutsche Doggen und Boxerhunde, Neufundländer und Bernhardiner, Foxterriers und Dobermänner, Dackel und Pudel, Windhunde und Spaniels, Schäferhunde und Pekingesen.

Unter den Boxern fällt einer auf, der eine ausgeprochene Neugierigkeit mit Rudendorff hat. Sein Käfig ist mit den Farben schwarz-weiß-rot geschmückt, was das Herz eines jeden Patrioten höher schlagen läßt und die Neugierigkeit nur erhöht. Die Zwerghündchen rästel sich in entzückenden Puppenwägen und auf schwellenden Kissen. Die Doggen bekommen zu einer Nachtzeit mehr Fleisch als eine fünfköpfige Arbeiterfamilie die ganze Woche über zu sehen bekommt.

In feierlich abgegrenzten Ringen walteten die Schiedsrichter ihres Amtes. In einem Ring werden gelbe Terrier gepuht, in einem anderen die chinesischen Pekinghündchen. Jedes Hundgeschlecht hat seinen Ring. Der einzig interessante ist der der Schäferhunde. Hier werden diese klugen und schönen Tiere nicht nur nach sportmäßigen Gesichtspunkten auf ihren äußeren und inneren Wert taxiert. Als Blindenführer, Wächter und Beschützer haben sie bekanntlich nicht ihresgleichen. Immer sind sie freundlich, immer hilfsbereit, treu wie Gold und rührend behellden. Es ist wirklich nicht einzusehen, warum man sie Polizeihunde nennt.

Ein Genuss für sich sind die Verkaufsstände für Hundbedarf. Diese Fülle, dieser Reichtum! . . . Stauemittel, Stopfballen, Hustenlappen, Hundeschuhe, Trockenfleisch, Dampfbrot, Wundsalben, Haaröl, Bürsten, Kämmen, Apportherhölzer. . . Das



Wolfsrauel

BERLIN C * KÖNIGSTRASSE * SPANDAUERSTRASSE

<p>Seidenband</p> <p>Kunstseidenes Band stark gewippt, 10 1/2 cm breit . . . Mtr. 14.75</p> <p>Reinseidenes Tafelband in vielen Farben 5 cm 10 1/2 cm Mtr. 7.75 15.50</p> <p>Gürtel aus schwarzem Wachs-tuch, doppelseitig, 3 cm breit 3.90</p>	<p>Haarschmuck</p> <p>Schildpatt-Nachahmung</p> <p>Haarspange 2.75</p> <p>Haarpeil 6.90</p> <p>Garatur bestehend aus Spange und Peil 14.75</p> <p>Staubkamm 2.25</p>	<p>Damenkleidung</p> <p>Blusen, gestreift, Flanell halbfertig od. geschloss. 45.-</p> <p>Kleid aus reinwoll. Cheviot mit Wallstickerel und Fransen 245.-</p> <p>Kleid aus reinwoll. Stoff mit farb. Stepp. 490.-</p> <p>Mantel aus Flauschstoff 475.-</p> <p>Spitzen u. Tüll</p> <p>Spitzen-Volants mit Metallstickerel, schwarz-gold 45 cm 49.- 70 cm 70.-</p> <p>Mtr.</p> <p>Seidentüll schwarz 36.-</p> <p>farbig, 90-100 cm, Mtr. 41.-</p> <p>Waschtüll-Reste in verschiedenen Breiten Mtr. 13.-</p>	<p>Kleiderstoffe</p> <p>Bedruckt Velours in verschiedenen Farben Mtr. 14.50</p> <p>Kleiderschotten gute halbwollene Qualität, doppellzeit Mtr. 39.-</p> <p>Reinwoll. Cheviot marineblau, doppeltbreit Mtr. 42.-</p> <p>Schürzen</p> <p>Schmuckschürze Batist mit Stickerei und Säumchen 15.-</p> <p>Mit Trägern, Batist m. Stick. Ein- u. Ansatz 27.-</p> <p>Blusenschürze grauer Nessel, mit Borte garniert . . . 25.-</p> <p>Wiener Form gestreift Ging-ham m. farbig. Paspel 32.-</p>	<p>Wirkwaren</p> <p>Damen-Hemden gestrickt, Baumwolle, 90 cm lang 17.75</p> <p>Damen-Schlupfweinkleider warme, baumwollene Qualität 34.75</p> <p>Kinder-Sweater Halbwohle, mit Stehkragen, Mittelgröße 54.-</p> <p>Reinwoll. Flausch-Schals in modernen Farben 46.50</p> <p>Fensterleder in verschiedenen Größen 11.75 16.75 19.75 29.75</p> <p>Pollertücher gelbes, weiches Gewebe 34x35 3.75 34x40 4.50 cm</p>
--	---	--	--	---

Ideale Kampfbjekte

Der große Streit der Berliner Holzarbeiter

Der zähe und entschlossene Kampf der Berliner Holzarbeiter, dessen Ergebnis, wie wir letzte Woche berichteten, ein Sieg auf der ganzen Linie war, ist von so erheblicher Bedeutung, daß wir ausführlich auf ihn zurückkommen, um die Grundfragen, um die erbittert gerungen wurde, in ihrer Bedeutung für die ganze Gewerkschaftsbewegung darzustellen.

Die Holzarbeiter arbeiten in ganz Deutschland unter einem Reichsmanteltarif, der den Rahmen abgibt für die örtlich abzuschließenden Landes- und Bezirksstarife. Diese enthalten einheitliche Richtlinien für das ganze Reich. Nur in Stettin und Berlin weigerten sich die Holzindustriellen, den Vertrag anzuerkennen. Welches waren nun die Bestimmungen des Reichsmanteltarifs, die auf Unternehmerseite so heftigen Anstoß erregten und für die die Holzarbeiter bis zum letzten Mann kämpften?

Der Reichsmanteltarif verwirft endlich den einseitigen Herrschaftsstandpunkt der Unternehmer in seinem Betrieb. Der Unternehmer kann nach ihm mit der Arbeiterschaft nicht mehr tun und treiben, wie es ihm beliebt. Affordarbeit, Ueberstunden, Ferien, Beurlaubung und eine Erweiterung der Rechte der Arbeitervertreter in Betrieben, das waren die Hauptforderungen des Kampfes. Die idealen Kampfziele standen im Vordergrund, von sekundärer Bedeutung waren Lohnforderungen, über die es keinen Streit gab. Die Berliner Unternehmer mit ihrem inzwischen in der Verlesung verschwundenen Obermeister Paeth, dem bornierten Reaktionsär, lehnten die Annahme des Reichsmanteltarifs glatt ab.

Am 13. August traten darauf ca. 10.000 Mann aus etwa 700 Werkstätten in den Streit. Weitere Betriebe wurden allmählich mitgezogen. Ein erbittertes Ringen folgte. Die Unternehmer arbeiteten mit Stotrupps, Materialsperrern und wirtschaftlichen Drohungen gegen diejenigen ihrer Genossen, die Frieden schlossen. In der fünften Streitwoche wurde aber bereits in 418 Betrieben mit 3900 Holzarbeitern zu den neuen Bedingungen gearbeitet. Streikbrecher waren keine vorhanden, und die Werkmeister verhielten sich solidarisch, ein Erfolg ihrer gewerkschaftlichen Schulung. Die Holzarbeiter, eine der besten und energiegeltesten proletarischen Kampftruppen, hielten Stand und blieben fest bei ihren Forderungen. Alle Verhandlungen blieben resultatlos. Aus eigenem Antrieb griff nun der Demobilisationskommissar ein, was einen Schiedsspruch des Hofraths Köerner zur Folge hatte. Während die Unternehmer diesen Schiedsspruch einstimmig annahm, lehnten ihn die Holzarbeiter einstimmig ab, da er ihnen nicht die Erfüllung ihrer Kampfbedingungen brachte. Paeth und Genossen, die schon das Ende des Streiks wähten, gerieten angeleitet der Stellungnahme der Holzarbeiter in Verzweiflung. In der letzten Kampfwoche arbeiteten schon viele Betriebe, und die Unternehmer waren eigentlich schon geschlagen. Nun gaben sie ihre bereits verlorene Position auf, und es kam zur Anerkennung des Reichsmanteltarifs. Die wichtigsten Punkte der Bestimmungen sind, daß Affordarbeit nur dann gestattet wird, wenn die betrieblichen Voraussetzungen gegeben sind und eine Verständigung mit der durch die Einführung der Affordarbeit interessierten Arbeiterschaft des Betriebes oder der Betriebsabteilungen herbeigeführt wurde. Weiter ist festgelegt in § 38, daß Affordarbeit an den Holzbearbeitungsmaschinen wegen der Unfallgefahr verboten ist.

Bei der Frage der Ueberstunden, die nur in dringenden Fällen zulässig sind, entscheidet über die Notwendigkeit zur Leistung von Ueberstunden der Arbeitgeber in Gemeinschaft mit der Betriebsvertretung. Die Frage der Ferien fand ebenfalls eine für die Arbeiter günstige Lösung. Das Beurlaubungswesen, worin bisher einseitig nur der Arbeitgeber verfuhr, wurde dergestalt geregelt, daß beide Parteien die Verpflichtung eingehen, für die Heranbildung eines tüchtigen Nachwuchses im Gewerbe zu wirken. Weiter wurde die Verpflichtung eingegangen, in der Arbeitskammer für das deutsche Holzgewerbe bis zum 1. August 1921 eine Lehrplangordnung ausgearbeiten und bei der Durchführung behilflich zu sein. Diejenigen Lehrlinge, die nicht Kost und Logis erhalten, bekommen Entschädigungssätze zugewilligt. Die Dauer der Ferien für die Lehrlinge beträgt einheitlich drei Tage.

Ein sehr wichtiger Punkt ist die Regelung der Betriebsvertretung. Nach dem Betriebsrätegesetz können nur Belegschaften über fünf Mann Betriebsräte wählen. Kleinere Betriebe schieben aus. Der Reichsmanteltarif sieht in Absatz 11 § 59 vor, daß in allen Betrieben, in denen eine gezielte Arbeitervertretung nicht vorhanden ist, die Arbeiter aus ihrer Mitte einen Vertrauensmann wählen.

In den Schlußbestimmungen heißt es, daß Streitigkeiten vor der Schlichtungskommission und dem Landestarifamt zum Austrag zu bringen sind. Das Reichstarifamt kann jedoch nur mit Zustimmung beider vertragsschließenden Parteien angerufen werden. Vorgegeben ist auch, daß in allen Streitfällen, die als erledigt gelten, Maßregelungen nicht stattfinden dürfen. Der Streit darf nicht als Unterbrechung des Arbeitsverhältnisses hinsichtlich des Anspruchs auf Urlaub angesehen werden. Hinzu kommen noch wesentliche Lohnverbesserungen für alle Berufsgruppen.

Aus diesen Angaben ist ersichtlich, daß dieser große und schwere Kampf durch volle neun Wochen vornehmlich um grundsätzliche und ideale Forderungen geführt wurde. Die außerordentliche Bedeutung dieses Kampfes wurde allseits im Reich und im Ausland erkannt, und aus eigenem Antrieb spendeten die Berufsgenossen Deutschlands, der Schweiz und

anderer Länder den streikenden Berliner Holzarbeitern moralische, materielle und finanzielle Hilfe.

Vor allem haben hier die Holzarbeiter den Versuch unternommen, das Mitbestimmungsrecht der Arbeiterschaft durch Tarifvertrag zu erweitern. Das Betriebsrätegesetz, so jung es auch ist, genügt nicht mehr. Die Bestimmungen des Betriebsrätegesetzes sind damit bereits überholt und die Gesetzesmaschine wird langsam nachhumpeln und erst spät die heute schon erlangenen Fortschritte gesetzlich sanktionieren. Die Holzarbeiter waren hier die Vorkämpfer der gesamten organisierten Arbeiterschaft. Sie haben den Weg gewiesen, auf dem weitergegangen werden muß. Der günstige Ausgang des Kampfes rechtfertigt die gebrachten Opfer. Einen solchen Kampf konnte der Holzarbeiterverband wagen, weil er seine Mitglieder einmütig hinter sich hat. Die Taktik der leitenden Genossen der Berliner Holzarbeiter, die unabhängigen Einschlag aufwies, zeigte sich somit als richtig. Der Ausgang des Kampfes zeigt ferner, daß trotz schwerer wirtschaftlicher Koste die Avantgarde des Proletariats nicht nur für wirtschaftliche Forderungen zu kämpfen weiß, sondern daß es auch für moralische und ideale Ziele die größten Opfer und Gefahren auf sich nimmt, nur vertrauensvoll und sich stützend auf seine eigene Kraft. Dieses Kraftbewußtsein sollte allen Reaktionsärten zu denken geben und die Zuerstlichkeit der Arbeiterschaft steigern. Einen der schlimmsten Reaktionsärter unter den Unternehmern haben die Holzarbeiter zu Fall gebracht: Herr Paeth, der Führer der Scharfmacher im Berliner Holzgewerbe, ist verschwunden. Nicht er, sondern Herr Hoop unterzeichnete den für die Arbeiter so günstigen Friedensvertrag. Die Hand des Herrn Paeth wird also nicht verdorren.

Einen dem Holzarbeiterkampf ähnlichen Streit gegen eine ebenso bornierte Scharfmachergesellschaft führen jetzt die Gastwirtschaftsangehörigen. Der Sieg der Holzarbeiter sollte dem von Renegaten geführten Verband der Unternehmer im Gastwirtschaftsgewerbe ein warnendes Zeichen sein.

Ein Wort an den Reichsjustizminister

Von Franz Künzler

Der Beruf eines Spitzels war in dem alten wilhelminischen Obrigkeitsstaat ein sehr „ehrenwerter“. Das „sparame“ Preußen schaute keine Mittel für die Unterhaltung solcher Subjekte. Man kann nicht sagen, daß das „neue“ Deutschland auf dem Gebiete des Spitzelwesens eine grundsätzlich andere Haltung einnimmt als das kaiserliche. Wie oft haben die Blätter aller sozialistischen Parteien auf das Treiben solcher verkommenen Gesellen hingewiesen, die als Vespittel leichtgläubige, in großem Elend befindliche Menschen ins Anglück stürzten. In den folgenden Zeilen soll gezeigt werden, wie ein durch Arbeitslosigkeit ins Elend getriebener Mensch das Opfer von Schurken im militärischen Rang wurde.

Im Mai 1920 lernte ein arbeitsloser Familienvater mit Namen Karl Maas in Kiel den Polizeisekretär a. D. und jetzigen Kaffler Wälte kennen. Wälte erklärte, daß er von einem Ober-Jng. Uboottizzen von 1917 zum Verkauf erhalten habe. Es waren dies Skizzen in einem blauen Heft mit kleinen blauen Pauschskizzen von Dieselmotoren. Ferner ein gelbes Heft mit 5 bis 6 Grundrissen eines Ubootes, das sich auf jedem Boot befand zwecks Orientierung für den leitenden Ingenieur. Wiederholt drängten Wälte und ein Vermittler Schell auf Maas, doch nach Berlin zu fahren, um die Skizzen an Ausländer zu verkaufen. Als Arbeitsloser könne man doch Geld gebrauchen. Dem Drängen nachgebend, fuhr Maas schließlich nach Berlin zu seinen Verwandten, wurde hier verhaftet und nach Kiel gebracht.

Es stellte sich heraus, daß der angebliche Oberingenieur ein Leutnant zur See a. D. mit Namen von Berken ist, der in noch drei ähnlich liegenden Fällen seine Hand im Spiele hat. Alle Beteiligten, Leutnant von Berken, Wälte, Schell und Genossen, wurden verhaftet, im Februar 1921 gegen Zahlung einer Kaution von 5000 Mark wieder freigelassen. Das Skandalöseste an dem Fall ist, daß das Opfer dieser Bande, der arbeitslose Maas, nicht entlassen wurde, obgleich ein Freund die 5000 Mark Kaution zahlen wollte. Grund: Fluchtverdacht.

Am 30. Juni 1921 reichte Maas ein dringendes Gesuch ein, um an das Sterbelager seiner ältesten Tochter eilen zu können. Drei Tage später starb die Tochter. Noch einmal reichte der Vater ein dringendes Gesuch ein, um sein Kind zu Grabe zu geleiten. Vier Wochen später kam das Gesuch von Leipzig zurück mit der Anfrage, ob Maas noch das Gesuch aufrechterhalten will?

Nun ist das Opfer des von Berken schon 14 1/2 Monate in Untersuchungshaft, während die Gesellen im Offiziersrang, ohne „Suchtverdacht“ zu sein, sich der goldenen Freiheit erfreuen können. Wie lange noch soll dieses Opfer eine andere Behandlung ertragen als der Herr Leutnant oder der ehemalige Polizeisekretär, die, wie so viele andere, vielleicht schon das Ausland mit ihrer Anwesenheit beglücken?

Bei dieser Gelegenheit ist die Frage aufzurollen, ob überhaupt noch für Angehörige des Deutschen Reiches eine Anklage erfolgen kann wegen vollendeten und versuchten Betratts militärischer Geheimnisse. Nachdem die Zahl und die Bewaffnung der Reichswehr wie überhaupt alle militärischen Angelegenheiten in den Artikeln 159 bis 202 des Friedensvertrages unter Kontrolle der Entente stehen, fällt somit auch der Begriff von militärischen Geheimnissen und demzufolge auch der einer

Spionage zugunsten einer fremden Macht. Alles, was zur Ausrüstung der Reichswehr und der Marine in Frage kommt, ist von der Entente bestimmt worden und somit nicht wie früher lediglich eine deutsche Angelegenheit. In dem vorerwähnten Fall der Uboottizzen kann es sich erst recht nicht um militärische Geheimnisse handeln, da nach dem schon einmal erwähnten Artikel des Friedensvertrages dieselben abzuliefern sind, also für die Entente keine militärischen Geheimnisse bedeuten.

Es ist daher falsch, wenn der erste Strafsenat des Reichsgerichts in Leipzig die Untersuchung führt wegen vollendeten und versuchten Betratts militärischer Geheimnisse. Ich verlange daher, ehe ich die Öffentlichkeit mit weiterem Material interessiere, daß der Justizminister einschreitet und dem mißbrauchten Opfer, dem Maschinenführer Maas, zum mindesten dieselbe Behandlung zuteil werden läßt wie den übrigen Beteiligten.

Das „Räffel“ der Butterteuerung

Aus Fachkreisen wird uns geschrieben:

Der Butterpreis steigt von Tag zu Tag, so daß die Arbeiterschaft sich noch mehr als bisher zum Verbrauch von Margarine gezwungen sieht. Da sich bei der Preisgestaltung in Deutschland die fernste Provinz nach der Reichshauptstadt richtet, so ist es erforderlich, daß wir uns einmal darüber klar werden, wie denn eigentlich die Berliner Butterpreise „gemacht“ werden.

Es ist nicht richtig, daß wir in Deutschland schweren Buttermangel haben, genau sowenig, wie sich die Behauptung bestätigt hat, daß aus der letzten Ernte viel zuwenig Karioffeln herorgegangen sind. Wie aber in andere Handelszweige, so sind auch in den Butterhandel durch den Krieg und dessen Nachwirkungen allerlei Aushenker und Kriegsschleuder hineingekommen, die bis 1914 mit Butterhandel nichts zu tun hatten, sondern sich als Schneidemeister, Schlächter, Gastwirte, Uhrhändler und dergleichen betätigten. Diese Herren „Butterhändler“ sehen nun alles daran, „um jeden Preis“ (im wörtlichsten Sinne des Wortes) in den Besitz von „Ware“ zu gelangen. Ihre Kunden haben sie ja vornehmlich in den Kreisen derer, die sich leisten können, „anständige“ Preise zu zahlen!

Am 1. Juni 1921 ist der Butterhandel bekanntlich „frei“ gegeben worden. In Berlin wurde daraufhin untertäglich die Butter-Auktion im „Haus Oldenburg“ (Mühlenstr. 31/32) nach holländischem Muster aufgemacht, morüber die Zeitungen damals eher minder begeisterte Artikel brachten. Hier ist der Herd der Preissteigerung für Butter.

Jeden Dienstag und jeden Freitag um 1 Uhr hat „Haus Oldenburg“ eine Butter-Auktion. Zur Verfügung steht eine verhältnismäßig sehr geringe Menge Butter. Am diese „Menge“ rauf sich aber eine große Anzahl Händler aus Berlin und aus der Provinz (Dresden, Leipzig, allerlei süddeutsche Plätze). Einer überbietet den anderen, so daß man es mit einer Auktion zu tun hat, auf der die Nachfrage rasend, das Angebot viel zu gering ist.

Außer dieser Auktion findet in Berlin jeden Tag nach der Versteigerung, also am Mittwoch und am Sonnabend, eine sogenannte Notierung statt. Die Herren, die diese Notierung vornehmen, geben von dem Gedanken aus, sie könnten doch eigentlich, um sich nicht zu „blamieren“, mit ihrer Notierung keineswegs billiger sein als die Auktion vom Tage zuvor, und so bleibt denn durch diese Art von Auktion und durch diese Notierung die Preissteigerung in Permanenz.

Wie es z. B. mit Auktion und Notierung an den beiden letzten Terminen aus? Dienstag, den 18. Oktober, lagen auf der Auktion Höchstgebote mit 35 M. pro Pfund Butter vor. Mittwoch, den 19., wurde der Preis mit 25,50 M. notiert. Dies bedeutet, daß im Kleinhandel für das Pfund Butter rund 37 M. „reell“ zu zahlen wären. — Freitag, den 21. Oktober, stieg das Gebot an der Auktion bis zu 39,70 M., und es ist erstaunlich, daß die Notierung am Sonnabend, den 22., „nur“ auf 37 M. lautete, was einen Detailspreis von rund 40 M. gleichkommt. Wenn das so fortgeht und niemand in diesen wilden Handel mit fester Faust eingreift, wird die Entwertung vom 25./26. Oktober an in jener Linie weitergehen, bis schließlich nur noch die oberen Dreitausend in Deutschland sich Butter werden leisten können.

Wie es heißt, soll die Preisprüfungsstelle, nachdem sie die Dinge 5 Monate lang hat laufen lassen, sich „schon“ mit der Absicht tragen, gegen diese wilde und wilde Wirtschaft irgend etwas zu unternehmen. Was geplant ist, weiß bisher noch kein Mensch, und auch die Preisprüfungsstelle scheint sich noch nicht zu dem einzig vernünftigen Entschluß aufgerafft zu haben, die Butterbude in der Mühlenstraße nun endlich zu schließen.

Was aber dann? Das Ausland kommt bei den heutigen Denken für den deutschen Butterbezug selbstverständlich gar nicht in Betracht; denn ein Pfund Auslandsbutter würde uns jetzt auf

Gelenkrheumatismus, Gicht, Nervenschmerzen.

„Ein ideales Heilmittel.“

Frau Staatsanwaltschafts-Sekretär E. Kothe, Hamburg, schreibt u. a.: „Im Winter 1915/16 war ich an bösem Gelenkrheumatismus erkrankt. Trotz aller möglichen Einreibungsmittel und Medizin wollte er nicht ganz verschwinden. Nachdem ich Logal nahm, war ich von der bösen Krankheit befreit und bis jetzt auch nicht wieder heimgekehrt. Daher erkläre ich Logal als ein ideales Heilmittel, das allen Leidenden auf das warmste zu empfehlen ist. Dieses gute Hausmittel sollte in keiner Familie fehlen.“ Laut den langjährigen, mit Logal gemachten Versuchen wirkt es nicht nur prompt bei Rheuma, Schmerzen in den Gelenken und Gliedern, sondern auch bei Ischias, Herenschuh, Gicht, Nerven- und Kopfschmerzen. Verzüglich glänzend begünstigt! In all. Apoth. erh.

Wie lange noch können wir so billige Angebote machen?



Reiser

Einige Beispiele unserer Preiswürdigkeit:

Der neue Lascenschuh, wie Abbildung, R.-Chevreau und prima Goldkfer-Chevreau, moderne, kurze Form, vorzügliche, elegante Verarbeitung, Pompadour-Abatz, eleganter Abendschuh und vornehmer Tanzschuh Mk. **195,-**

Eleganter Gesellschaftstiefel, wie Abbildung, Hochschaff, prima Lackleder-Beatz, edle Kappe, neue moderne Form, Rahmearbeit Mk. **250,-**

Prima edel Kamelhaar- und Filz-Schnallenschuh, beste Qualitätsware, dicke Filz- und Lederböden, mollig, weich und bequem.



Gewerkschaftliches

Zum Streik im Gastwirtsgewerbe

Der Zentralvorstand der U. S. P. D., Berlin-Brandenburg, beschloß sich mit dem Streik im Gastwirtsgewerbe und kam zu folgendem Ergebnis: Unter allen Umständen ist überall strikte abzulehnen, in gastwirtschaftlichen Betrieben aller Art Bedienungsgeld von 10 Prozent zu gewähren.

Wir erwarten, daß diese Maßnahmen von unseren Genossen eingehalten werden. Damit gewöhnen wir den Gastwirtsgehilfen im Augenblick die denkbar beste Unterstützung.

U. S. P. D., Bezirksverband Berlin-Brandenburg.

Verhandlungsaussichten im Gastwirtsgewerbe

Die Unternehmer ließen das Arbeitnehmerkartell durch einen Beigeordneten des Polizeipräsidenten wissen, daß sie zu Verhandlungen am Montag bereit wären, und baten den Beigeordneten, das Weitere zu veranlassen. Gleichwohl sind die Aussichten auf einen Friedensschluß gering.

Koch steht der Sieg in weiter Ferne. Um ihn zu erringen, muß jeder seinen Mann stellen und sich seiner gewerkschaftlichen Pflichten erinnern.

Ueber die Absperurmaßnahmen der Sipo führten die Geschäftsinhaber aus der Nachbarschaft der „Traube“ in der Leipziger Straße in einer Eingabe energische Beschwerde an das Polizeipräsidentium.

Streik bei der Hochbahn? Der Betriebsrat der Hoch- und Untergrundbahn teilt uns mit, daß das Bureau, Meister- und Aufsichtspersonal am 22. Oktober eine Abstimmung über den Schiedspruch vornahm, der den Forderungen des Personals nicht entspricht.

297, gegen den Streik 51 und eine ungünstige Stimme abgegeben. Mit dem Eintritt in den Streik ist daher mit Bestimmtheit Anfang der kommenden Woche zu rechnen.

Indifferenz wirkt katastrophal

Der Ausgang der Wahlen zur Gemeinde Berlin, der den Beizust der sozialistischen Majorität zur Folge hatte, sollte nun genug abfädelnder Anschauungsunterricht sein. Die Indifferenz kam der Reaktion zugute. Es kommt auf jede, auf die allerletzte Stimme an.

Deshalb auf zur Wahl! Wehret den reaktionären und christlichen Anfängen! Stimmt nur für die

Liste 1

Das Reichsministerium für Wiederaufbau in Not

Eines unserer Mitglieder, das Mitglied des Schlichtungsausschusses Groß-Berlin und gleichzeitig Vorsitzender des Zentralbetriebsrates hat es dem Reichsministerium für Wiederaufbau mitgeteilt, daß es dem Ministerium angeht.

Kamen da vor dem Schlichtungsausschuh Groß-Berlin gegen die der Ministerium nachgeordneten Dienststellen, die nicht selten Gäste auf dem Schlichtungsausschuh sind, die obligaten größeren Mengen von Angestelltenkündigungen zur Verhandlung.

Das Verfahren, Mitglieder des Zentralbetriebsrates bei örtlichen Streiksachen für welche übrigens diese Körperschaft gar nicht zuständig ist, abzulehnen, hindert das Reichsministerium für Wiederaufbau, Abtl. D, nicht, vor dem Zentralschlichtungsausschuh, der nur in grundsätzlichen Fragen zu sprechen hat, die Regierungsräte seiner nachgeordneten Dienststellen in die Kammer zu entsenden.

Alle Beisitzerkollegen, die Mitglieder des Zentralbetriebsrates sind, seien aufgefordert, die Frage, ob sie Mitglieder des Zentralverbandes sind, mangels der gesetzlichen Berechtigung diese Frage nicht zu beantworten und im übrigen, gestützt auf ihr gutes Recht, sich gegen die aus § 27 der Verordnung vom 23. Dezember 1918 begründete Ablehnung nach Kräften zu wehren.

Der Lohnkampf der Schuhmacher

Durch die Ablehnung des Schiedspruches seitens der Arbeitgeber ist eine neue Situation hervorgerufen worden. Ueber dieselbe wurde am Donnerstag in einer Versammlung vom Branchenleiter Schüller berichtet.

Zunächst teilte er mit, daß beim Demobilisierungskommissar die allgemeine Verbindlichkeitsklärung beantragt worden ist,

der sich am Montag, den 24. Oktober, damit befaßt wird. Die Beschlußfassung über einen eventuellen Streik wurde ausgelegt bis zur öffentlichen Versammlung, die am kommenden Montag abend in der Königsbahn, Gr. Frankfurter Str. 117, einberufen ist.

Arbeitswissenschaftliche Besprechungen

Die Betriebsräte der freigewerkschaftlichen Betriebsrätezentrale veranstaltet Anfang November über das Gebiet der Arbeitswissenschaftlichen Besprechungen, die in der Form einer „Arbeitswissenschaftlichen Besprechung“ stattfinden.

Alle freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter und Angestellten können an der „Arbeitswissenschaftlichen Besprechung“ teilnehmen. Teilnehmerkarten zum Preise von 6 Mark (für Arbeitslose unentgeltlich) werden im Bureau der freigewerkschaftlichen Betriebsrätezentrale, Engelauer 24/25 2. Hof 1 Tr., bis zum 31. 10. 1921 ausgestellt.

Gruppenversammlungen

Die Gruppenversammlungen der freigewerkschaftlichen Betriebsrätezentrale, die zum Arbeiterschutz Stellung nehmen sollen, finden statt:

Gruppe 2, Bezirk, Montag, den 24. Oktober, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelauer, Saal 4.

Gruppe 11, Betriebsräte, Mittwoch, den 26. Oktober, abends 8 Uhr, in den Gewerkschaftshäusern, Berlin, Schulstraße, 110.

Gruppe 4, Essentielle Industrie und Gruppe 6, Gewerkschaften, Donnerstag, den 27. Oktober, abends 8 Uhr, in den Berliner Vereinen und Kommissarien (Himmelspforten), Kommandantenstr. 28/50.

Tagungsordnung: 1. Der Arbeiterschutz, 2. Freie Aussprache, 3. Erfahrung der Gruppenräte, 4. Verschiedenes.

In Anbetracht der Wichtigkeit, die in dem Schutz der Gesundheit und des Lebens jedes Arbeitenden zum Ausdruck kommt, verpflichten wir die Kollegen der einzelnen Betriebe, ihre Betriebsräte zu kontrollieren, daß sie auch die Versammlungen besuchen und ihnen Bericht erstatten.

Gewerkschaftskommission Berlin, Montag, abends 8 Uhr, findet die Plenarversammlung im Gewerkschaftshaus, Saal 1, statt.

Die Sperre für Tapezierer über die Ledermöbelfirma Carl Matzick, Wrangelstraße 56, ist ab 21. Oktober aufgehoben. Sie endete mit einem vollen Erfolg.

Wandlegierte! Die für Montag, den 24. d. Mts., nachm. 4 Uhr, nach dem „Dresdener Casino“ andereraumte Wandlegierten-Versammlung findet umständehalber zu derselben Zeit in der Schulaula des Sophiengymnasiums, Berlin, Weinmeisterstr. 15, statt.

Aufhebung einer Sperre. Der Streik bei der Rügenwalder Waffelfabrik von Georg Schmidt ist beendet und damit die Sperre über sämtliche Erzeugnisse der Firma aufgehoben. Die Firma hat ihren unzeitgemäßen Standpunkt, nicht mit der Organisation der Arbeitnehmer zu verhandeln, aufgegeben und einen Tarifvertrag gezeichnet.

Advertisement for Persil washing powder. Includes an illustration of a woman washing clothes and the text: 'Nur 1/4 Stündchen kochen, dann möglichst in warmem Wasser gut spülen, und die Wäsche ist schneeweiß, wie auf dem Rasen gebleicht.' Brand name 'Persil' and manufacturer 'HENKEL & CIE., DÜSSELDORF'.

Large advertisement for 'Volksbekleidungs B. V. G. Gesellschaft m. b. H.' located at Friedrichstrasse 110-112, Berlin. Features a large logo and lists various clothing items with prices: 'Damen-Kleidung Winter-Mäntel 175.-', 'Kostüme 275.-', 'Kinder- u. Backfisch-Mäntel 108.-', 'Herren-Kleidung Schlüpfer und Raglans 395.-', 'Jackett-Anzüge 350.-', 'Knaben-Anzüge 60.-'. Promotional text: 'Der große Erfolg unseres Unternehmens beruht auf den ungeheuren Vorräten, der Güte und Preiswürdigkeit der Waren sowie der eigenen Herstellung unserer Konfektion'.

